

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus

Barfüssergasse 24

4509 Solothurn

Telefon +41 32 627 20 79

pd@sk.so.ch

EINLADUNG

an die Mitglieder des Solothurner Kantonsrates

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Einvernehmen mit dem Regierungsrat lade ich Sie ein zur

Mai-Session

Dienstag, 7. Mai 2024, 8.30 bis 12.30 Uhr

Mittwoch, 8. Mai 2024, 8.30 bis 12.00 Uhr

Mittwoch, 15. Mai 2024, 8.30 bis 12.30 Uhr

in den Kantonsratssal in Solothurn.

Solothurn, 24. April 2024

Mit freundlichen Grüssen
Kantonsratspräsident
Marco Lupi

Hinweise

- Liste der hängigen Kantonsratsgeschäfte (grau unterlegt = spruchreif) S. 2
- Hängige Parlamentarische Vorstösse (grau unterlegt = spruchreif) S. 5
- Mitteilungen S. 50
- Liste der Mitglieder der Ratsleitung und der Mitglieder der Kommissionen S. 51

Präsident: Telefon: 078 818 71 22

Liste der hängigen Kantonsratsgeschäfte

KRG-Nr. Geschäft

(zust. Dept.)

I. Wahlprüfungen und Vereidigungen

V 067/2024	Vereidigung von Pierino Menna (Die Mitte, Balsthal) als Mitglied des Kantonsrats (anstelle von Rolf Jeggli)	(KR)
V 068/2024	Vereidigung von Michael Grimbichler (Die Mitte, Bättwil) als Mitglied des Kantonsrats (anstelle von Bruno Vögli)	(KR)

II. Wahlen

WG 015/2024	Wahl eines Staatsanwalts oder einer Staatsanwältin für den Rest der Amtsperiode 2021-2025	(KR)
WG 066/2024	Wahl von drei Mitgliedern der Sozial- und Gesundheitskommission für den Rest der Amtsperiode 2021-2025 (anstelle von Anna Engeler, Grüne und Rolf Jeggli, Die Mitte und Bruno Vögli, Die Mitte)	(KR)

III. Sachgeschäfte, Beschlüsse

SGB 021/2024	Raumbedürfnisse des Heilpädagogischen Schulzentrums Olten; Bewilligung der jährlich wiederkehrenden Ausgaben zum Abschluss eines Mietvertrages	(BJD)
SGB 022/2024	Raumbedürfnisse des Heilpädagogischen Schulzentrums Balsthal; Bewilligung der jährlich wiederkehrenden Ausgaben zum Abschluss eines Mietvertrages	(BJD)
SGB 023/2024	Projekt «Realisierung und Einführung ZEMAS – Einführung einer neuen Zeit- und Leistungserfassung und Spesenworkflow»	(FD)
SGB 024/2024	I. Rechenschaftsbericht über die Rechtspflege; II. Bericht über die Geschäftsführung der Amtschreibereien 2023	(GER)
SGB 042/2024	Nachtrags- und Zusatzkredite 2023	(FD)
SGB 043/2024	Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2025 - 2028	(FD)
SGB 044/2024	Geschäftsbericht 2023	(FD)
SGB 065/2024	Zuteilung der Kantonsratssitze an die Wahlkreise (Legislaturperiode 2025-2029)	(STK)

IV. Rechtsetzungsgeschäfte

RG 225/2023	1. Änderung der Verfassung des Kantons Solothurn (KV); 2. Totalrevision des Gesetzes über die Gebäudeversicherung, Brandverhütung, Feuerwehr und Elementarschadenhilfe (Gebäudeversicherungsgesetz; GVG); 3. Änderung des Gebährentarifs (GT)	(VWD)
-------------	---	-------

RG 266/2023	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege (EG Ausbildungsfördergesetz Pflege)	(DDI)
RG 003/2024	Anstellungsbehörde für die Staatsschreiberin oder den Staatsschreiber und ihre oder seine Stellvertretung: Änderung der Verfassung des Kantons Solothurn (KV), des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (RVOG) und weiterer Gesetze sowie des Geschäftsreglements des Kantonsrates von Solothurn	(STK)
RG 004/2024	Änderung des Sozialgesetzes; Chancengleichheit, Religion und Integration der ausländischen Bevölkerung sowie Aufhebung der Case-Management-Stelle und der Gemeindearbeitsämter	(DDI)
RG 041/2024	Totalrevision des Energiegesetzes (EnG SO)	(VWD)
RG 064/2024	Anpassungen aufgrund der Änderung der Schweizerischen Zivilprozessordnung vom 17. März 2023; Teilrevision des Gesetzes über die Gerichtsorganisation (GO) und weiterer Gesetze sowie des Gebührentarifs (GT)	(STK)

V. Verordnungsvetos, Vernehmlassungen

VI. Volksaufträge

VA 131/2023 (FD)

Volksauftrag «Abschaffung der Personalsteuer auf Kantonaler Ebene»

Der Kanton Solothurn wird beauftragt, zuhanden des Parlaments eine Teilrevision des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetz, BGS 614.11) zu erarbeiten. Mit dieser Teilrevision soll die Personalsteuer § 73 Abs. 1 aufgehoben werden.

Begründung 22.05.2023: schriftlich.

Der Kanton Solothurn ist einer der Letzten der das Joch der direkten Staatssteuer als eine regelmäßige Last für den Einwohner und die Einwohnerin beibehalten hat. Diese Steuer wurde ausnahmsweise anno 1831 eingeführt. Sie war dazumal vorgesehen, wenn ausserordentliche Bedürfnisse eintreten sollten. Sie wurde namentlich unterworfenen Völkerschaften auferlegt in engem Zusammenhang mit der Unfreiheit.

Die Kopfsteuer ist die gefühlloseste, ja unvollkommenste Art der Personalsteuer, welche die Menschen ohne Unterschied und ohne Rücksicht auf die Grösse oder geringere Leistungsfähigkeit trifft. Es besteht keine Pflicht, dass der Kanton Solothurn eine Personalsteuer erheben muss. Die Personalsteuer, auch Kopfsteuer genannt, ist im Unterschied zu Einkommens- und Vermögenssteuern nicht progressiv, sie ist vielmehr Gebühr. Unabhängig von ihrer Finanzkraft zahlen alle steuerpflichtigen Personen gleich viel. Steuern sind von ihrer Grundidee her ein Solidarwerk und keine Gebühr. Die Personalsteuer bewirkt jedoch das Gegenteil. Relativ zur Finanzkraft belastet sie die tiefsten Einkommen überdimensioniert. Was die Steuerlast betrifft sollten alle Partner gleich sein, doch in unserem schönen Kanton sind einige Partner gleicher als der Rest der Einwohner und Einwohnerinnen.

Unterschriften: 1. Urs Hümbeli; insgesamt 119 beglaubigte Unterschriften.

Stellungnahme RR: 28.11.2023 (schriftlich)

Stellungnahme FIKO: 10.01.2024 (schriftlich)

VA 144/2023 (BJD)

Volksauftrag «Aufhebung überflüssiger Bushaltestellen, insbesondere Bushaltestelle «Kirche» in Neuendorf»

Der Kantonsrat des Kantons Solothurn wird aufgefordert, die Notwendigkeit sämtlicher Bushaltestellen im Kanton Solothurn auf ihre Notwendigkeit (Kosten, Nutzen) zu überprüfen, bevor eine Haltestelle eine Sanierung erfährt (Ausbau, Verschiebung, Erneuerung, etc.). In diesem Sinne sei die heute überflüssige Bushaltestelle «Kirche» in Neuendorf aufzuheben.

Begründung 12.06.2023: schriftlich.

Bestehende Bushaltestellen können nur durch den Kanton aufgehoben werden. Die Entscheidungsträger sind meistens nicht ortskundig. Früher waren die Einwohner hauptsächlich entlang der Dorfstrasse, somit waren diese Bushaltestellen auch so begründet. Neu ist die Mehrzahl der Einwohner nicht mehr an der Dorfstrasse wohnhaft. In allen Ortschaften sieht man diese Verlagerung. Die Begründungen werden heute lediglich mit Ein- und Ausstiegszahlen belegt. Dies ist nur eine Bestandesaufnahme der erzwungenen Ist-Situation durch die bestehenden Bushaltestellen. Das genügt nicht mehr. Vielmehr haben sich die Bushaltestellen nach dem Einzugsgebiet der potentiellen Benutzer zu richten. Arbeitswege, Einkaufen, Schule, Events, Freizeit-Erschliessung. Dabei soll der Öffentliche Verkehr den Verkehrsfluss möglichst wenig beeinträchtigen. Fahrbahnhalte sollen wo möglich vermieden werden. Zwei aufeinanderfolgende Fahrbahnhalte sind nur in aussergewöhnlichen Situationen zu bewilligen. Fahrbahnhalte sind Energiefresser für die blockierten Fahrzeuge. Die meiste Energie wird beim Anfahren verpufft. Das ist nicht zeitgemäss und nicht umweltfreundlich.

Beispiel Neuendorf:

Geplant sind zwei Fahrbahnhalte nacheinander innerhalb weniger als 500 Meter. Kein anderes Dorf von Olten bis Oensingen hat 3 Bushaltestellen an der Dorfstrasse.

Durch das Streichen der besagten Bushaltestelle ergibt sich für die Benutzer nur eine marginale Verschlechterung. Lediglich für die Einwohner im Umkreis von ca. 200 Metern der Bushaltestelle «Kirche» ergibt sich im max. 5 Minuten mehr Fussweg. Für alle anderen Einwohner spielt die Bushaltestelle «Kirche» nur gewohnheitsbedingt eine Rolle. Der Weg zu den Haltestellen Unterdorf und Hardeck ist praktisch identisch. Weiter sparen die Busbetriebe und alle Passagiere wertvolle Zeit in der Strecke Olten – Oensingen. Das Zeitproblem wird immer wieder von den Busbetrieben erwähnt, jede Sekunde sei wertvoll. Die entstehenden Kosten für den Steuerzahler, um diese Bushaltestelle aufrecht zu erhalten, steht in keinem Verhältnis zu dem Nutzen. Deshalb soll diese ersatzlos gestrichen werden. Neben der enormen Kosteneinsparung für den Kanton und die betroffenen Gemeinden hilft diese Entscheidung insbesondere in Neuendorf dem Umwelt-, Ortsbild-, und Denkmalschutz. Eine echte Win-Win Situation.

Der Volksauftrag soll dringlich behandelt werden, da diese Problematik an vielen Orten jetzt ansteht, sollen doch bis Ende 2023 alle Bushaltestellen für Menschen mit Beeinträchtigungen angepasst werden.

Unterschriften: 1. André Müller; insgesamt 120 beglaubigte Unterschriften.

Stellungnahme RR: 06.11.2023 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 13.12.2023 (schriftlich)

VII. Planungsbeschlüsse

VIII. Parlamentarische Initiativen

IX. Aufträge

A 111/2023 (KR)

Auftrag fraktionsübergreifend: Pragmatische Stellvertretungsregelungen für Kommissionen (09.05.2023)

Die Ratsleitung wird aufgefordert, dem Kantonsrat einen Antrag zur Anpassung der Stellvertretungsregelung in Kommissionen zu unterbreiten, mit dem Ziel, die Stellvertretung von Kommissionsmitgliedern durch Fraktionsmitglieder standardmässig zu regeln und zu vereinfachen. Insbesondere sollen § 18 und § 20 des Geschäftsreglements dahingehend angepasst werden, dass die Stellvertretung in Kommissionen nicht nur in Ausnahmefällen bei Absenzen während «längerer Zeit» aus «zwingenden Gründen» möglich ist und von der Ratsleitung genehmigt werden muss. Zudem soll ein Vorschlag auf Gesetzesstufe (Kantonsratsgesetz) ausgearbeitet werden, welche die Informationsrechte für die neue Stellvertretungsregelung in den Kommissionen festlegt.

Begründung 09.05.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Marlene Fischer, 2. Sarah Schreiber, 3. Thomas Lüthi, Melina Aletti, Remo Bill, Janine Eggs, Anna Engeler, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, David Gerke, Philipp Heri, Karin Kälin, Rebekka Matter-Linder, Farah Rummy, Christof Schauwecker, Daniel Urech, Marianne Wyss, Nicole Wyss (20)

Stellungnahme Ratsleitung: 22.12.2023 (schriftlich)

A 116/2023 (DDI)

Auftrag André Wyss (EVP, Rohr): Bekämpfung von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung (10.05.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, im Rahmen eines «Strategiepapiers» aufzuzeigen, wie er Menschenhandel und Arbeitsausbeutung in der Legislatur 2025-2029 stärker bekämpfen will.

Begründung 10.05.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. André Wyss, 2. Silvia Fröhlicher, 3. Tamara Mühlemann Vescovi, Melina Aletti, Markus Ammann, Remo Bill, Anna Engeler, Rea Eng-Meister, Simon Esslinger, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Laura Gantenbein, Stefan Hug, Rolf Jeggli, Karin Kälin, Karin Kissling, Rebekka Matter-Linder, Matthias Meier-Moreno, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Farah Rummy, Simone Rusterholz, Sarah Schreiber, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Nadine Vögeli, Benjamin von Däniken, Marianne Wyss, Nicole Wyss (32)

Stellungnahme RR: 12.09.2023 (schriftlich)

Stellungnahme JUKO: 14.03.2024 (schriftlich)

Stellungnahme FIKO: 03.04.2024 (schriftlich)

A 118/2023 (VWD)

Auftrag Fraktion SVP: Sprachkompetenz als Schlüssel zur erfolgreichen Integration (17.05.2023)

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen dahingehend zu ändern und zu ergänzen, dass zur Erlangung des Schweizer Bürgerrechts mündliche Deutschkenntnisse entsprechend dem Referenzniveau B2 des Europäischen Referenzrahmens für Sprache des Europarates (GER) und schriftliche Deutschkenntnisse entsprechend dem Referenzniveau B1 nachgewiesen werden müssen. Amtliche Formulare, wie diese im Kanton Solothurn verwendet werden, müssen ohne fremde Hilfe ausgefüllt werden können.

Begründung 17.05.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Christine Rütli, 2. Beat Künzli, 3. Roberto Conti, Matthias Borner, Johannes Brons, Markus Dick, Tobias Fischer, Thomas Giger, Walter Gurtner, Sibylle Jeker, Kevin Kunz, Adrian Läng, Andrea Meppiel, Jennifer Rohr, Werner Ruchti, Philippe Ruf, Silvia Stöckli, Thomas von Arx, Rémy Wyssmann (19)

Stellungnahme RR: 24.10.2023 (schriftlich)

Stellungnahme JUKO: 14.03.2024 (schriftlich)

A 120/2023 (STK)

Auftrag Rémy Wyssmann (SVP, Kriegstetten): Endlich mehr Transparenz im Regierungsrat! (17.05.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, sämtliche Regierungsratsbeschlüsse (RRB) ab Erheblicherklärung und rückwirkend auf zehn Jahre ausnahmslos zu veröffentlichen. Ebenso integral zu veröffentlichen sind die Revisionsberichte der Kantonalen Finanzkontrolle zum Geschäftsbericht und zu einzelnen Prüfungen. Analog zur Praxis des Obergerichts sind die Beschlüsse zu anonymisieren, sofern Persönlichkeitsrechte oder schützenswerte Interessen von Unternehmen betroffen sind. Mit den Veröffentlichungsarbeiten sind die Kommunikations-Mitarbeiter der betroffenen Stellen personal- und kostenneutral zu beauftragen.

Begründung 17.05.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Rémy Wyssmann, 2. Werner Ruchti, 3. Thomas von Arx, Richard Aschberger, Matthias Borner, Johannes Brons, Roberto Conti, Markus Dick, Tobias Fischer, Thomas Giger, Walter Gurtner, Sibylle Jeker, Kevin Kunz, Beat Künzli, Adrian Läng, Andrea Meppiel, Jennifer Rohr, Philippe Ruf, Silvia Stöckli (19)

Stellungnahme RR: 24.10.2023 (schriftlich)

Stellungnahme JUKO: 14.03.2024 (schriftlich)

A 126/2023 (KR)

Auftrag fraktionsübergreifend: Stellvertreterregelung im Kantonsrat bei Abwesenheiten aus zwingenden Gründen (17.05.2023)

Die Ratsleitung wird beauftragt, das Geschäftsreglement des Kantonsrates dahingehend anzupassen, dass eine Stellvertretung von Kantonsratsmitgliedern, die aus zwingenden Gründen wie Krankheit, Unfall oder Mutterschaft über längere Zeit abwesend sind, ermöglicht wird.

1. Eine Stellvertretung setzt dabei eine Abwesenheit von mindestens 3 Monaten voraus und ist auf eine Maximaldauer von 12 Monaten zu beschränken.

2. Als Stellvertreter bzw. Stellvertreterin gilt die erste nicht gewählte Person auf der Wahlliste der Kantonsratswahlen.
3. Der Stellvertreter bzw. die Stellvertreterin wird – umgehend nach Meldung des Abwesenheitsfalls und ausserhalb der Session – von dem Kantonsratspräsidenten bzw. der Kantonsratspräsidentin vereidigt.

Begründung 17.05.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Anna Engeler, 2. Myriam Frey Schär, 3. Heinz Flück, Melina Aletti, Matthias Andereg, Remo Bill, Janine Eggs, Simon Esslinger, David Gerke, David Häner, Philipp Heri, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Rebekka Matter-Linder, Franziska Rohner, Farah Rummy, Christof Schauwecker, Beat Späti, Luzia Stocker, Daniel Urech, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (22)

Stellungnahme Ratsleitung: 22.12.2023 (schriftlich)

A 148/2023 (BJD)

Auftrag Thomas Marbet (SP, Olten): Fahrplananschlüsse der Läfelfingerlibahn in Olten auch zukünftig gewährleisten (27.06.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, sich bei den SBB und dem Bundesamt für Verkehr für ein zusätzliches Gleisstück und/oder Weiche einzusetzen, welches den Trasse-Konflikt der S9 mit dem Güterverkehr bei Gleis 1 im Knoten Olten löst.

Begründung 27.06.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Thomas Marbet, 2. Myriam Frey Schär, 3. Christian Ginsig, Melina Aletti, Simon Bürki, Silvia Fröhlicher, Philipp Heri, Urs Huber, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Nadine Vögeli (13)

Stellungnahme RR: 06.11.2023 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 13.12.2023 (schriftlich)

A 157/2023 (BJD)

Auftrag Fraktion FDP.Die Liberalen: Verfahren für Stromproduktionsprojekte verkürzen (28.06.2023)

Die Regierung wird beauftragt, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit bei Projekten für die Stromproduktion die Bewilligungsverfahren inkl. der Rechtsverfahren auf kantonaler Ebene verkürzt werden. Namentlich sollen maximale Behandlungsfristen für die Bewilligungs- und Rechtsverfahren auf kantonaler Ebene eingeführt werden. Dem Kantonsrat ist eine Vorlage zu unterbreiten.

Begründung 28.06.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Martin Rufer, 2. Markus Spielmann, 3. Daniel Probst, Johanna Bartholdi, Daniel Cartier, Thomas Fürst, David Häner, Freddy Kreuchi, Michael Kummli, Georg Lindemann, Marco Lupi, Simon Michel, Manuela Misteli, Stefan Nünlist, David Plüss, Christian Thalmann, Sabrina Weisskopf, Mark Winkler, Hansueli Wyss (19)

Stellungnahme RR: 20.02.2024 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 01.02.2024 (schriftlich)

A 162/2023 (DDI)

Auftrag Fraktion SVP: Förderung und Forderung von sozialen Einsätzen zugunsten der Gemeinschaft (05.07.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, soziale Einsätze zugunsten der Gemeinschaft durch Asylsuchende, Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene (Status N, F, S und B), die durch Steuergelder unterstützt werden, zu fördern und zu fordern.

Insbesondere sollen diese Personengruppen vermehrt zum Betrieb der Sozialregionen herangezogen werden sowie in sozialen Einsätzen Leistungen zugunsten der Gemeinschaft, oder Teilen davon, erbringen, sofern sie volljährig, arbeitsfähig, ohne Betreuungspflichten und ohne Arbeit sind. Die Bewilligungspraxis für solche sozialen Einsätze soll einfach, rasch und unbürokratisch erfolgen. Die Sozialregionen sollen dabei Einsätze, die keinen kommerziellen Zweck verfolgen, selbst bewilligen können. Es soll dabei aber keine Konkurrenzierung des Gewerbes stattfinden.

Durch die Vermittlung solcher Einsätze sollen aktive Sozialregionen einen spürbaren finanziellen Nutzen erzielen können und damit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ihrer Region entlasten. Die Umsetzung innerhalb der Sozialregionen hat ab 01.07.2023 zu erfolgen.

Begründung 05.07.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Markus Dick, 2. Silvia Stöckli, 3. Beat Künzli, Richard Aschberger, Matthias Borner, Johannes Brons, Roberto Conti, Tobias Fischer, Thomas Giger, Walter Gurtner, Sibylle Jeker, Kevin Kunz, Adrian Läng, Andrea Meppiel, Stephanie Ritschard, Jennifer Rohr, Werner Ruchti, Philippe Ruf, Christine Rütli, Thomas von Arx, Rémy Wyssmann (21)

Stellungnahme RR: 20.02.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 164/2023 (BJD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Senkung der Hürden für Solaranlagen in der Juraschutzzone (05.07.2023)

Die Regierung wird beauftragt, die rechtlichen Vorgaben insbesondere im Bereich Natur- und Heimatschutz dahingehend anzupassen, damit Solaranlagen auf Gebäuden in der Juraschutzzone einfacher realisierbar sind.

Begründung 05.07.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Martin Rufer, 2. Philipp Heri, 3. Myriam Frey Schär, Matthias Anderegg, Johanna Bartholdi, Remo Bill, Johannes Brons, Markus Dietschi, Anna Engeler, Simon Esslinger, Heinz Flück, Silvia Fröhlicher, Thomas Fürst, Laura Gantenbein, David Gerke, Thomas Giger, Christian Ginsig, David Häner, Nicole Hirt, Urs Huber, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Sibylle Jeker, Karin Kälin, Freddy Kreuchi, Michael Kummler, Kevin Kunz, Edgar Kupper, Barbara Leibundgut, Marco Lupi, Rebekka Matter-Linder, Matthias Meier-Moreno, Simon Michel, Manuela Misteli, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Daniel Probst, Farah Rummy, Simone Rusterholz, Christine Rütli, Christof Schauwecker, Beat Späti, Markus Spielmann, Luzia Stocker, Silvia Stöckli, Mathias Stricker, Thomas Studer, Christian Thalmann, Daniel Urech, Nadine Vögeli, Sabrina Weisskopf, Mark Winkler, Marianne Wyss, Nicole Wyss, Hansueli Wyss (55)

Stellungnahme RR: 28.11.2023 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 01.02.2024 (schriftlich)

A 172/2023 (KR)

Auftrag SP/junge SP: Rassistische Diskriminierung im Kantonsrat (05.07.2023)

Die Ratsleitung wird beauftragt, Massnahmen auszuarbeiten, um herabsetzende, insbesondere diskriminierende Äusserungen gegenüber Minderheiten im Kantonsrat direkt zu sanktionieren.

Begründung 05.07.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Farah Romy, 2. Remo Bill, 3. Luzia Stocker, Melina Aletti, Markus Ammann, Simon Esslinger, Silvia Fröhlicher, Philipp Heri, Stefan Hug, Karin Kälin, Thomas Marbet, Mathias Stricker, Nadine Vögeli, Marianne Wyss, Nicole Wyss (15)

Stellungnahme Ratsleitung: 22.12.2023 (schriftlich)

A 176/2023 (BJD)

Auftrag Janine Eggs (Grüne, Dornach): Gerechte Verhältnisse bei der Kompensation von Fruchtfolgeflächen schaffen (05.07.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Kompensation von Fruchtfolgeflächen (FFF) so zu regeln, dass die gleichen Voraussetzungen für alle geschaffen werden und somit gerechte Verhältnisse gelten. Dabei sollen nicht nur die Beanspruchung von FFF, sondern die Versiegelung des Bodens und die Zersiedelung allgemein so gering wie möglich gehalten werden.

Um gerechte Verhältnisse zu schaffen, ist insbesondere die Einführung eines kantonalen FFF-Fonds zu prüfen. Mit dem Fonds sollen Planungssicherheit, Umsetzungsmöglichkeit und Kostengleichheit von FFF-Kompensationen gewährleistet werden. Aufwand und Kosten der Verwaltung für die Bewirtschaftung des FFF-Fonds sollen so gering wie möglich gehalten werden.

Begründung 05.07.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Janine Eggs, 2. Georg Nussbaumer, 3. Edgar Kupper, Markus Ammann, Remo Bill, Anna Engeler, Simon Esslinger, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, Philipp Heri, Karin Kälin, Freddy Kreuchi, Rebekka Matter-Linder, Christof Schauwecker, Mathias Stricker, Nicole Wyss (18)

Stellungnahme RR: 05.03.2024 (schriftlich)

Stellungnahme UMBWAIKO: 21.3.2024 (schriftlich)

A 188/2023 (DDI)

Auftrag Hardy Jäggi (SP, Recherswil): Flächendeckende Schulsozialarbeit (06.09.2023)

Der Regierungsrat wird gebeten, die Vor- und Nachteile sowie die personellen und finanziellen Auswirkungen auf Kanton und Gemeinden zu prüfen, wenn auf der Primar- und Sekundarstufe flächendeckend die Schulsozialarbeit eingeführt würde.

Begründung 06.09.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Hardy Jäggi, 2. Mathias Stricker, 3. Philipp Heri, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Bürki, Anna Engeler, Simon Esslinger, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Urs Huber, Stefan Hug, Rolf Jeggli, Karin Kälin, Rebekka Matter-Linder, Tamara Mühlemann Vescovi, Franziska Rohner, Farah Romy, Luzia Stocker, Thomas Studer, Nadine Vögeli, Bruno Vögtli, Marianne Wyss, Nicole Wyss (27)

Stellungnahme RR: 16.01.2024 (schriftlich)

Stellungnahme SOGEKO: 31.01.2024 (schriftlich)

A 196/2023 (BJD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Räumliches Leitbild behördenverbindlich (13.09.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Anpassung des kantonalen Planungs- und Baugesetzes vorzubereiten, mit der das räumliche Leitbild zu einem behördenverbindlichen Planungsinstrument weiterentwickelt wird.

Begründung 13.09.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Daniel Urech, 2. Barbara Leibundgut, 3. André Wyss, Markus Ammann, Samuel Beer, Hubert Bläsi, Anna Engeler, Simon Esslinger, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, Fabian Gloor, Philipp Heri, Urs Huber, Stefan Hug, Karin Kälin, Edgar Kupper, Thomas Lüthi, Thomas Marbet, Georg Nussbaumer, Michael Ochsenbein, Markus Spielmann, Jonas Walther (24)

Stellungnahme RR: 29.01.2024 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 21.3.2024 (schriftlich)

A 197/2023 (BJD)

Auftrag Remo Bill (SP, Grenchen): Ein flächendeckendes Bauinventar erstellen und Mechanismen für die regelmässige Überprüfung von Bauten jüngerer Generationen installieren (13.09.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, ein flächendeckendes Bauinventar (inkl. Objekten auf Gemeindeebene) zu erstellen und Mechanismen für die regelmässige Überprüfung von Bauten jüngerer Generationen zu installieren.

Begründung 13.09.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Remo Bill, 2. Matthias Anderegg, 3. Farah Rummy, Markus Ammann, Richard Aschberger, Hubert Bläsi, Simon Bürki, Simon Esslinger, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, David Gerke, Philipp Heri, Stefan Hug, Karin Kälin, Edgar Kupper, Matthias Meier-Moreno, Georg Nussbaumer, Franziska Rohner, Christof Schauwecker, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Nadine Vögeli, Marianne Wyss, André Wyss, Nicole Wyss (28)

Stellungnahme RR: 05.03.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 198/2023 (DBK)

Auftrag Nicole Hirt (glp, Grenchen): Religionsunterricht an Solothurner Volksschulen - Trennung von Kirche und Staat (13.09.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, damit das Fach Religion analog der dem Bildungsraum Nordwestschweiz angegliederten Kantone (BS, BL und AG) ausgestaltet werden kann.

Begründung 13.09.2023: schriftlich

Unterschriften: 1. Nicole Hirt, 2. Christian Ginsig, 3. Thomas Lüthi, Melina Aletti, Markus Ammann, Samuel Beer, Janine Eggs, Simon Esslinger, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, Stefan Hug, Hardy

Jäggi, Daniel Probst, Markus Spielmann, Luzia Stocker, Nadine Vögeli, Jonas Walther, Sabrina Weisskopf, Marianne Wyss, Hansueli Wyss (20)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 228/2023 (STK)

Auftrag FDP.Die Liberalen: Listenverbindungen abschaffen (07.11.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zur Anpassung der rechtlichen Grundlagen zu unterbreiten, damit bei Wahlen nur noch Verbindungen zwischen Listen der Mutter- und der jeweiligen Jungpartei (Unterlistenverbindung) zulässig sind. Die Vorlage ist innert sechs Monaten zu unterbreiten, so dass die entsprechenden Gesetzesänderungen bereits auf die Kantonsratswahlen 2025 angewendet werden können.

Begründung 07.11.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Sabrina Weisskopf, 2. Martin Rufer, 3. Manuela Misteli, Johanna Bartholdi, Hubert Bläsi, Daniel Cartier, Markus Dietschi, Thomas Fürst, David Häner, Freddy Kreuchi, Michael Kummli, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Marco Lupi, Stefan Nünlist, David Plüss, Daniel Probst, Markus Spielmann, Christian Thalmann, Hansueli Wyss (20)

Stellungnahme RR: 05.03.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 229/2023 (STK)

Auftrag FDP.Die Liberalen: Standesinitiative zur Abschaffung von Listenverbindungen bei den Nationalratswahlen (07.11.2023)

Der Stand Solothurn ersucht die eidgenössischen Räte, Art. 31 des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (BPR) vom 17. Dezember 1976 (SR 161.1) inkl. der dazugehörigen Ausführungsbestimmungen und -erlasse aufzuheben bzw. so abzuändern, dass bei Nationalratswahlen nur noch Verbindungen zwischen Listen der Mutter- und der jeweiligen Jungpartei (Unterlistenverbindung) zulässig sind. Listenverbindungen zwischen unterschiedlichen Parteien bzw. zwischen unterschiedlichen Listen der gleichen Partei sollen nicht mehr zulässig sein.

Begründung 07.11.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Sabrina Weisskopf, 2. Martin Rufer, 3. Manuela Misteli, Johanna Bartholdi, Hubert Bläsi, Daniel Cartier, Markus Dietschi, Thomas Fürst, David Häner, Freddy Kreuchi, Michael Kummli, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Marco Lupi, Stefan Nünlist, David Plüss, Daniel Probst, Markus Spielmann, Christian Thalmann, Hansueli Wyss (20)

Stellungnahme RR: 05.03.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 230/2023 (DBK)

Auftrag Fraktion SP/Junge SP: Tagesbetreuungs-Angebote für Kinder mit Behinderungen und Entlastungstage für Kinder mit schweren Behinderungen beibehalten (07.11.2023)

Der Regierungsrat wird gebeten, rechtliche Grundlagen zu erarbeiten, die es ermöglichen, dass

- die ausserschulische Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit einer Behinderung an den Heilpädagogischen Schulzentren im Kanton Solothurn

- und Entlastungstage für Kinder mit schweren Behinderungen in den Einrichtungen im Kanton Solothurn beibehalten werden können.

Begründung 07.11.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Hardy Jäggi, 2. Franziska Rohner, 3. Luzia Stocker, Melina Aletti, Matthias Anderegg, Richard Aschberger, Remo Bill, Matthias Borner, Simon Bürki, Rea Eng-Meister, Simon Esslinger, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, David Gerke, Christian Ginsig, Walter Gurtner, Philipp Heri, Nicole Hirt, Urs Huber, Stefan Hug, Rolf Jeggli, Karin Kissling, Michael Kummli, Thomas Marbet, Rebekka Matter-Linder, Matthias Meier-Moreno, Manuela Misteli, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Farah Rummy, Simone Rusterholz, Christof Schauwecker, Thomas Studer, Susan von Sury-Thomas, Marianne Wyss, André Wyss, Nicole Wyss (42)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 233/2023 (DDI)

Auftrag fraktionsübergreifend: Aufhebung der Altersgrenze des jüngsten Kindes bei der Familienergänzungsleistung (FamEL) (08.11.2023)

Die Regierung wird beauftragt, das Sozialgesetz so anzupassen, dass bei den Familienergänzungsleistungen die Altersgrenze des jüngsten Kindes von sechs auf zwölf Jahre angehoben wird.

Begründung 08.11.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Luzia Stocker, 2. Thomas Studer, 3. Marlene Fischer, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Bürki, Rea Eng-Meister, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, David Gerke, Christian Ginsig, Philipp Heri, Nicole Hirt, Urs Huber, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Rolf Jeggli, Thomas Marbet, Rebekka Matter-Linder, Franziska Rohner, Farah Rummy, Simone Rusterholz, Sarah Schreiber, Mathias Stricker, Daniel Urech, Nadine Vögeli, Marianne Wyss, André Wyss (32)

Stellungnahme RR: 05.03.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 234/2023 (VWD)

Auftrag André Wyss (EVP, Rohr): Erhöhung der minimalen Familienzulagen um 30 Franken (08.11.2023)

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die minimalen Familienzulagen (Kinder- und Ausbildungszulagen) um je 30 Franken zu erhöhen.

Begründung 08.11.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. André Wyss, 2. Silvia Fröhlicher, 3. Susan von Sury-Thomas, Melina Aletti, Samuel Beer, Simon Bürki, Rea Eng-Meister, Heinz Flück, Patrick Friker, Laura Gantenbein, Kuno Gasser, Fabian Gloor, Urs Huber, Stefan Hug, Rolf Jeggli, Karin Kissling, Edgar Kupper, Thomas Lüthi, Rebekka Matter-Linder, Matthias Meier-Moreno, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Patrick Schlatter, Sarah Schreiber, Luzia Stocker, Silvia Stöckli, Thomas Studer, Daniel Urech, Nadine Vögeli, Bruno Vögtli, Jonas Walther, Marianne Wyss (34)

Stellungnahme RR: 05.03.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 236/2023 (DDI)

Auftrag Mitte-Fraktion. Die Mitte - EVP: Aufgaben der Kantonspolizei überprüfen (08.11.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt zu prüfen, ob eine Auslagerung von gewissen Aufgaben der Kantonspolizei an öffentlich-rechtliche Körperschaften sinnvoll und möglich ist.

Begründung 08.11.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Patrick Friker, 2. Patrick Schlatter, 3. Fabian Gloor, Rea Eng-Meister, Kuno Gasser, Rolf Jeggli, Karin Kissling, Edgar Kupper, Matthias Meier-Moreno, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Sarah Schreiber, Thomas Studer, Bruno Vögli, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas, André Wyss (19)

Stellungnahme RR: 26.3.2024

Stellungnahme: (schriftlich)

A 238/2023 (STK)

Auftrag Thomas Marbet (SP, Olten): Vorfrankierte Wahl- und Abstimmungscouverts (14.11.2023)

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die gesetzlichen Bestimmungen dahingehend anzupassen, dass die Gemeinden und Städte des Kantons Solothurn ihren Stimmberechtigten das Abstimmen mit vorfrankierten Wahl- und Abstimmungscouverts ermöglichen können.

Begründung 14.11.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Thomas Marbet, 2. Markus Ammann, 3. Melina Aletti, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Esslinger, Marlene Fischer, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, Karin Kälin, Franziska Rohner, Christof Schauwecker, Nadine Vögeli, Marianne Wyss, Nicole Wyss (15)

Stellungnahme RR: 05.03.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 240/2023 (BJD)

Auftrag Michael Ochsenbein (Die Mitte, Luterbach): Aufwendungen für die Berechnung des Planungsausgleichsmehrwerts fair teilen (14.11.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, das Planungsausgleichsgesetz (PAG) so anzupassen, dass sich der Kanton in denjenigen Fällen, in denen Abgaben an eben diesen fliessen, an den finanziellen Aufwendungen der Gemeinde zur Erhebung der Ausgleichsabgabe hälftig beteiligt.

Begründung 14.11.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Michael Ochsenbein (1)

Stellungnahme RR: 16.01.2024 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 01.02.2024 (schriftlich)

A 243/2023 (FD)

Auftrag Rémy Wyssmann (SVP, Kriegstetten): Streichung von § 45^{bis} Staatspersonalgesetz (15.11.2023)

§ 45bis des Staatspersonalgesetzes sei ersatzlos zu streichen.

Begründung 15.11.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Rémy Wyssmann, 2. Philippe Ruf, 3. Richard Aschberger, Matthias Borner, Johannes Brons, Roberto Conti, Markus Dick, Tobias Fischer, Thomas Fürst, Thomas Giger, Michael Kummli, Beat Künzli, Adrian Läng, Andrea Meppiel, Stephanie Ritschard, Werner Ruchti, Christine Rütli, Markus Spielmann, Thomas von Arx, Mark Winkler (20)

Stellungnahme RR: 27.02.2024 (schriftlich)

Stellungnahme FIKO: 03.04.2024 (schriftlich)

A 246/2023 (STK)

Auftrag fraktionsübergreifend: Einführung einer Stimm- und Wahlpflicht (15.11.2023)

Für eidgenössische, kantonale und kommunale Wahlen und Abstimmungen ist eine Stimm- und Wahlpflicht einzuführen. Davon ausgenommen sind die Gemeindeversammlungen.

Art. 25 unserer Kantonsverfassung ist entsprechend zu ergänzen. Im Gesetz über die politischen Rechte sind die Ausnahmen und Sanktionen festzulegen. Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat Botschaft und Entwurf vorzulegen.

Begründung 15.11.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Markus Dick, 2. Johanna Bartholdi, 3. Remo Bill, Melina Aletti, Johannes Brons, Roberto Conti, Simon Esslinger, Thomas Giger, Philipp Heri, Urs Huber, Stefan Hug, Freddy Kreuchi, Beat Künzli, Adrian Läng, Georg Lindemann, Stefan Nünlist, Jennifer Rohr, Werner Ruchti, Christof Schauwecker, Mathias Stricker, Thomas von Arx, Jonas Walther, Mark Winkler, Hansueli Wyss, Rémy Wyssmann (25)

Stellungnahme RR: 05.03.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 267/2023 (STK)

Auftrag Justizkommission: Aufhebung der Wohnsitzpflicht bei Ersatzrichterinnen und Ersatzrichtern (20.12.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Aufhebung der Wohnsitzpflicht bei Ersatzrichterinnen und -richtern an Gerichten zu prüfen. Bei der Prüfung ist zusätzlich das Verhältnis von § 37 Staatspersonalgesetz zu Artikel 60 Kantonsverfassung sowie die Frage der Notwendigkeit einer Verfassungsänderung zu erörtern.

Begründung 20.12.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Daniel Urech, 2. Urs Huber, 3. Karin Kissling (3)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 270/2023 (DDI)

Auftrag Mitte-Fraktion. Die Mitte - EVP: Faires Prämienverbilligungssystem (20.12.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen so anzupassen, dass bei der Berechnung der Prämienverbilligungen Konkubinatspaare den Ehepaaren gleichgestellt werden.

Begründung 20.12.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. André Wyss, 2. Rolf Jeggli, 3. Benjamin von Däniken, Patrick Friker, Kuno Gasser, Fabian Gloor, Karin Kissling, Edgar Kupper, Matthias Meier-Moreno, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Patrick Schlatter, Sarah Schreiber, Thomas Studer, Bruno Vöggtli, Susan von Sury-Thomas, Marie-Theres Widmer (19)

Stellungnahme RR: 2.4.2024(schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 271/2023 (FD)

Auftrag Fraktion glp: Schaffung Steuerungsinstrument Staatspersonal (20.12.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, ein Steuerungsinstrument Staatspersonal auszuarbeiten und dem Kantonsrat vorzulegen. Das Steuerungsinstrument soll insbesondere folgende Punkte umfassen:

1. Der Kantonsrat soll ein zusätzliches Steuerungsinstrument Staatspersonal/Full Time Equivalent (FTE) erhalten.
2. Diese Mess- und Steuerungsgrösse soll so angewendet werden, dass damit insbesondere
 - a. Flexibilität besteht innerhalb der Verwaltung (z.B. könnte ein Amt über dem Zielwert liegen, wenn dafür ein anderes Amt den Wert kompensiert),
 - b. bereits heute gut optimierte Ämter nicht bestraft werden,
 - c. auf allfällige Bundesentscheide/Bundesvorgaben reagiert werden kann,
3. Die Mess- und Steuerungsgrösse ist entsprechend zu definieren (Staatspersonal/FTE zu Bevölkerungsanzahl, Staatspersonal/FTE zu Bruttoinlandprodukt [BIP], oder ähnlich) und kann auch kombiniert werden.
4. Die Einführung kann gestaffelt erfolgen, muss aber innert vier Jahren nach Inkrafttreten den Zielwert erreichen.

Begründung 20.12.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Samuel Beer, 2. Christian Thalman, 3. Jonas Walther, Johanna Bartholdi, Nicole Hirt, Freddy Kreuchi, Michael Kumpli, Georg Lindemann, Thomas Lüthi, Daniel Probst, Stephanie Ritschard, Simone Rusterholz, Mark Winkler (13)

Stellungnahme RR: 26.3.2024

Stellungnahme: (schriftlich)

A 272/2023 (BJD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Ballsporthalle Region Solothurn für Berufsschule und Vereine (20.12.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Planung für den Bau von Ballsporthallenkapazitäten für die Berufsschule BBZ Solothurn und Vereine in der Region Solothurn zusammen mit der Stadt Solothurn voranzutreiben und dem Kantonsrat ein entsprechendes Hochbauprojekt zur Verabschiedung

vorzulegen. Das Vorhaben soll auch unabhängig vom Projekt der Erneuerung der Kantonsschule Solothurn umgesetzt werden können. Falls der Standortentscheid Kantonsschule auf die Sanierung am bestehenden Standort fällt, dann sollen diese Sporthallenkapazitäten als separates Projekt «Badiparkplatz Weitblick» errichtet werden.

Begründung 20.12.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Simon Michel, 2. Michael Ochsenbein, 3. Philipp Heri, Remo Bill, Hubert Bläsi, Markus Dietschi, Urs Huber, Stefan Hug, Michael Kumkli, Barbara Leibundgut, Marco Lupi (11)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 005/2024 (DBK)

Auftrag Michael Ochsenbein (Die Mitte, Luterbach): "Dr Chindsgi red dütsch!" - Landessprache ist Voraussetzung (30.01.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Gesetzgebung so anzupassen, dass

- Eltern resp. Erziehungsberechtigte in die Pflicht genommen werden, dass ihre Kinder beim Schuleintritt genügend Deutsch können, und
- falls ihre Kinder in der Volksschule DaZ-Massnahmen (Deutsch als Zweitsprache) verursachen, alle Kosten übernehmen müssen.

Begründung 30.01.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Michael Ochsenbein, 2. Tamara Mühlemann Vescovi, 3. Johanna Bartholdi (3)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 006/2024 (DBK)

Auftrag fraktionsübergreifend: Standesinitiative für eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+ (31.01.2024)

Der Kanton Solothurn fordert den Bundesrat auf, dem Parlament eine Botschaft zur Finanzierung von Erasmus+ vorzulegen.

Begründung 31.01.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Marlene Fischer, 2. Simon Michel, 3. Simon Gomm, Melina Aletti, Remo Bill, Hubert Bläsi, Janine Eggs, Simon Esslinger, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Kuno Gasser, David Gerke, Christian Ginsig, Philipp Heri, Karin Kälin, Michael Kumkli, Barbara Leibundgut, Thomas Lüthi, Thomas Marbet, Rebekka Matter-Linder, Manuela Misteli, Tamara Mühlemann Vescovi, Angela Petiti, Christof Schauwecker, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Daniel Urech, Nadine Vögeli, Susan von Sury-Thomas, Nicole Wyss (31)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 010/2024 (KR)

Auftrag Thomas Marbet (SP, Olten): Zeitgemässe Sitzungsgelder für Kantonsratsmitglieder (31.01.2024)

Die Ratsleitung wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zur Anpassung der variablen Entschädigungen (Sitzungsgelder) der Mitglieder des Kantonsparlaments vorzulegen. Dabei sollen die Entschädigungen für die Teilnahme an Ratssitzungen, Kommissionssitzungen usw. dem Median der Schweizer Kantone angepasst werden.

Begründung 31.01.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Thomas Marbet (1)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 012/2024 (STK)

Auftrag Tamara Mühlemann Vescovi (Die Mitte, Zuchwil): Dolmetscherkosten (31.01.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, dass der Kanton und die Gemeinden Dolmetscherkosten den Verursachenden übertragen können.

Begründung 31.01.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Tamara Mühlemann Vescovi, 2. Michael Ochsenbein, 3. Beat Künzli (3)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 013/2024 (DBK)

Auftrag Matthias Borner (SVP, Olten): Standortentscheid Kanti Solothurn offener gestalten (31.01.2024)

Beim Standortentscheid der neuen Kantonsschule wird der Regierungsrat beauftragt, auch andere Standorte ausserhalb der Stadt Solothurn einzubeziehen und als Ersatz auch eine Variante mit zwei Standorten in Erwägung zu ziehen.

Begründung 31.01.2024: schriftlich.

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

AD 025/2024 (DDI)

Dringlicher Auftrag Fraktion FDP.Die Liberalen: Einführung von Sofortmassnahmen gegen kriminelle Asylsuchende auf kantonaler Ebene (19.03.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, Massnahmen gegen kriminelle Asylsuchende per sofort auf Kantonsebene einzuführen. Nötigenfalls hat der Regierungsrat, bei fehlender gesetzlicher Grundlage, gestützt auf Art. 79 Abs. 4 KV (BGS 111.1), eine entsprechende Verordnung zu erlassen. Weiter wird der Regierungsrat aufgefordert, dass er sich innerhalb der kantonalen Direktorenkonferenzen (KKJPD, SODK) für eine Unterstützung des Bundes einsetzt.

Begründung 19.03.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Johanna Bartholdi, 2. Daniel Cartier, 3. David Häner, Hubert Bläsi, Markus Diet-schi, Thomas Fürst, Fabian Gloor, Christian Herzog, Freddy Kreuchi, Michael Kummli, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Marco Lupi, Manuela Misteli, Stefan Nünlist, Daniel Probst, Martin Rufer, Christian Thalman, Sabrina Weisskopf, Mark Winkler, Hansueli Wyss (21)

Stellungnahme RR: 23.04.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 027/2024 (DDI)

Auftrag Matthias Anderegg (SP/junge SP, Solothurn): Kantonale Zulassungsverfahren Gesundheitsberufe für Physiotherapeuten und Physiotherapeutinnen (19.03.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Phy-siotherapeuten und Physiotherapeutinnen ab bestandener Precheck im Rahmen des Anerken-nungsverfahrens des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK) angestellt werden und arbeiten können.

Begründung 19.03.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Matthias Anderegg, 2. Nicole Wyss, 3. Karin Kälin, Melina Aletti, Markus Am-mann, Remo Bill, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Philipp Heri, Urs Huber, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Angela Petiti, Franziska Rohner, John Steggerda, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Nadine Vögeli (18)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 029/2024 (DDI)

Auftrag Fabian Gloor (Die Mitte, Oensingen): Medizinische Ambulante Grundversorgung sicherstellen (19.03.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, mit den Gemeinden sowie allen involvierten Leistungserbrin-gern eine Strategie zur besseren Abdeckung in der medizinischen ambulanten Grundversorgung (insbesondere durch Hausärzte und Hausärztinnen und Kinderärzte und Kinderärztinnen) zu entwi-ckeln und umzusetzen.

Begründung 19.03.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Fabian Gloor, 2. Barbara Leibundgut, 3. Daniel Urech, Melina Aletti, Matthias Anderegg, Johanna Bartholdi, Samuel Beer, Patrick Friker, Silvia Fröhlicher, Christian Ginsig, Philipp Heri, Nicole Hirt, Hardy Jäggi, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Freddy Kreuchi, Edgar Kupper, Matthias Meier-Moreno, Tamara Mühlemann Vescovi, Daniel Nützi, Mathias Stricker, Thomas Stu-der, Bruno Vögtli, Thomas von Arx, Benjamin von Däniken, Marie-Theres Widmer, André Wyss (27)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 030/2024 (BJD)

Auftrag Fabian Gloor (Die Mitte, Oensingen): Starker ÖV im Kanton Solothurn (19.03.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, mit dem Bundesamt für Verkehr (BAV) ein strategisches Gremium ins Leben zu rufen, der die ÖV-Bedürfnisse des ganzen Kantons abdeckt.

Begründung 19.03.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Fabian Gloor, 2. Michael Kumkli, 3. Hardy Jäggi, Johanna Bartholdi, Samuel Beer, Janine Eggs, Patrick Friker, Kuno Gasser, Christian Ginsig, Nicole Hirt, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Freddy Kreuchi, Matthias Meier-Moreno, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Franziska Rohner, Simone Rusterholz, Sarah Schreiber, Mathias Stricker, Thomas Studer, Bruno Vöggtli, Thomas von Arx, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas, Marie-Theres Widmer (27)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 031/2024 (FD)

Auftrag Fraktion Grüne: Finanzierung der öffentlichen Aufgaben sichern (20.03.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, nebst dem Massnahmenplan zur aufwandsseitigen Entlastung (Ziel Regierungsrat: 60 Mio. Franken) auch ertragsseitig eine Korrektur der Steuererträge von rund 40 Mio. Franken zu prüfen und anzustreben. Tiefe und mittlere Einkommen dürfen dabei nicht belastet werden.

Begründung 20.03.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Heinz Flück, 2. Marlene Fischer, 3. David Gerke, Janine Eggs, Anna Engeler, Myriam Frey Schär, Laura Gantenbein, Rebekka Matter-Linder, Christof Schauwecker, Daniel Urech (10)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

AD 032/2024 (BJD)

Dringlicher Auftrag fraktionsübergreifend: Drohender Verkehrskollaps im Wasseramt sofort verhindern! (20.03.2024)

Der Regierungsrat wird aufgefordert, im hängigen Plangenehmigungsverfahren vor dem Bundesamt für Verkehr (BAV) (Leistungssteigerung Neubaustrecke Solothurn-Wanzwil; BAV Geschäftsnummer 2023/0162) sofort einen Sistierungsantrag zu stellen.

Begründung 20.03.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Michael Kumkli, 2. Adrian Läng, 3. David Gerke, Richard Aschberger, Hubert Bläsi, Matthias Borner, Simon Bürki, Roberto Conti, Markus Dick, Markus Dietschi, Thomas Fürst, Walter Gurtner, David Häner, Philipp Heri, Christian Herzog, Stefan Hug, Kevin Kunz, Barbara Leibundgut, Rebekka Matter-Linder, Andrea Meppiel, Manuela Misteli, Tamara Mühlemann Vescovi, Stefan Nünlist, Daniel Probst, Stephanie Ritschard, Franziska Rohner, Martin Rufer, Simone Rusterholz, Markus Spielmann, Silvia Stöckli, Sabrina Weisskopf, Thomas Wenger, Marie-Theres Widmer, Hansueli Wyss (34)

Stellungnahme RR: 23.04.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 034/2024 (VWD)

Auftrag Thomas Studer (Die Mitte, Selzach): Waldzustandsbericht (20.03.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, im Zweijahresrhythmus einen Waldzustandsbericht über den Solothurner Wald zu erstellen und diesen dem Kantonsrat jeweils an der Herbstsession zur Kenntnismahme vorzulegen.

Der Bericht beinhaltet Informationen über:

- die Waldgesundheit/Waldzustand
- die Waldbewirtschaftung/Holznutzung
- den Waldschutz/Schutz vor Naturgefahren
- die Freizeit und Erholung (Gesellschaft)
- die Biodiversität (Fauna, Flora und Neobiota)
- die finanzielle Unterstützung durch die Öffentlichkeit
- die aktuellen politischen Rahmenbedingungen

Begründung 20.03.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Thomas Studer, 2. Georg Nussbaumer, 3. Jonas Walther, Melina Aletti, Samuel Beer, Markus Dietschi, Anna Engeler, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Kuno Gasser, Christian Ginsig, Fabian Gloor, Simon Gomm, Walter Gurtner, Philipp Heri, Urs Huber, Stefan Hug, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Edgar Kupper, Thomas Lüthi, Matthias Meier-Moreno, Daniel Nützi, Daniel Nützi, Simone Rusterholz, Sarah Schreiber, John Steggerda, Luzia Stocker, Nadine Vögeli, Bruno Vögtli, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas, Marie-Theres Widmer, André Wyss (35)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 035/2024 (BJD)

Auftrag Lüthi Thomas (glp, Hägendorf): Ökologischer Böschungsunterhalt entlang von Kantonsstrassen (20.03.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, den Unterhalt von ökologisch wertvollen Böschungen entlang der Kantonsstrassen nach ökologischen Kriterien auszuführen, um die Biodiversität zu fördern.

Begründung 20.03.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Thomas Lüthi, 2. Silvia Fröhlicher, 3. Jonas Walther, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Samuel Beer, Remo Bill, Simon Bürki, Markus Dietschi, Janine Eggs, Anna Engeler, Simon Esslinger, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Laura Gantenbein, David Gerke, Christian Ginsig, Fabian Gloor, Simon Gomm, Philipp Heri, Nicole Hirt, Stefan Hug, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Michael Kummli, Edgar Kupper, Rebekka Matter-Linder, Matthias Meier-Moreno, Manuela Misteli, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Angela Petiti, Stephanie Ritschard, Franziska Rohner, Martin Rufer, Simone Rusterholz, Christof Schauwecker, Sarah Schreiber, John Steggerda, Luzia Stocker, Silvia Stöckli, Mathias Stricker, Thomas Studer, Daniel Urech, Nadine Vögeli, Susan von Sury-Thomas, Nicole Wyss, Hansueli Wyss (51)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 055/2024 (DDI)

Auftrag fraktionsübergreifend: Standesinitiative zum beschleunigten Verfahren für Asylsuchende aus der Ukraine (27.03.2024)

Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat eine Standesinitiative zu unterbreiten, welche verlangt, dass ukrainischen Flüchtlingen ein beschleunigtes Asylverfahren gewährt und der Schutzstatus S für sie aufgehoben wird.

Begründung 27.03.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Richard Aschberger, 2. Philippe Ruf, 3. Walter Gurtner, Johanna Bartholdi, Samuel Beer, Hubert Bläsi, Johannes Brons, Roberto Conti, Markus Dick, Markus Dietschi, Tobias Fischer, David Häner, Christian Herzog, Nicole Hirt, Sibylle Jeker, Kevin Kunz, Beat Künzli, Adrian Läng, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Andrea Meppiel, Stefan Nünlist, Michael Ochsenbein, Stephanie Ritschard, Jennifer Rohr, Werner Ruchti, Christine Rütli, Silvia Stöckli, Christian Thalmann, Bruno Vögtli, Benjamin von Däniken, Sabrina Weisskopf, Thomas Wenger, Mark Winkler (34)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 056/2024 (KR)

Auftrag Geschäftsprüfungskommission: Parlamentarische Aufsicht über verselbstständigte Einheiten stärken (27.03.2024)

Die Ratsleitung und – soweit in ihrem Zuständigkeitsbereich liegend – der Regierungsrat werden aufgefordert, die Rechtsgrundlagen dahin gehend anzupassen, dass die Rechenschafts- und Geschäftsberichte aller wichtigen verselbstständigten Organisationen und Unternehmen, insbesondere der Ausgleichskasse des Kantons Solothurn (AKSO), der Solothurner Spitäler AG (soH) und weiteren Beteiligungen der Kategorie A, durch die Geschäftsprüfungskommission (GPK) geprüft werden. Im Rahmen der Behandlung der Geschäftsberichte soll der Regierungsrat zudem Rechenschaft über den Erfüllungsgrad der strategischen Ziele und den Verlauf der Eignerggespräche ablegen.

Begründung 27.03.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Stefan Nünlist, 2. Hansueli Wyss, 3. Christof Schauwecker, Melina Aletti, Markus Ammann, Samuel Beer, Markus Dick, Tobias Fischer, Patrick Friker, David Gerke, Adrian Läng, Georg Lindemann, Marie-Theres Widmer (13)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 060/2024 (DBK)

Auftrag fraktionsübergreifend: Schülerschein für alle (27.03.2024)

Der Regierungsrat stellt sicher, dass sämtliche Schulen der Sekundarstufe I und II einen Schülerschein ausstellen. Nötigenfalls erarbeitet er die rechtliche Grundlage hierfür.

Begründung 27.03.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Daniel Urech, 2. Sarah Schreiber, 3. Michael Kummli, Anna Engeler, Kuno Gasser, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas (9)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 061/2024 (DDI)

Auftrag Fraktion SVP: Stopp dem Missbrauch von Sozialhilfegeldern (27.03.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, als Ersatz für die aktuelle Praxis der finanziellen Unterstützung im Kanton Solothurn von Asyl- und Schutzsuchenden der Kategorien N und S, vorläufig Aufgenommenen der Kategorien F-Ausländer und F-Flüchtling, sowie abgewiesenen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, ein Bezahlkartensystem einzuführen.

Begründung 27.03.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Beat Künzli, 2. Andrea Meppiel, 3. Roberto Conti, Richard Aschberger, Matthias Borner, Johannes Brons, Markus Dick, Tobias Fischer, Walter Gurtner, Sibylle Jeker, Kevin Kunz, Adrian Läng, Stephanie Ritschard, Jennifer Rohr, Werner Ruchti, Philippe Ruf, Christine Rütli, Silvia Stöckli, Thomas von Arx, Thomas Wenger (20)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

X. Interpellationen

I 235/2023 (STK)

Interpellation Mitte-Fraktion. Die Mitte - EVP: Kantonsvertretungen in Stiftungsräten (08.11.2023)

Der Kanton Solothurn entsendet in zahlreiche Gremien Vertretungen, beispielsweise in Stiftungsräte. Der Regierungsrat nimmt die entsprechenden Wahlen vor. Für uns ist nicht klar, nach welchen Kriterien diese Wahlen vorgenommen werden, wie die Suche, respektive Ausschreibung abläuft, und wie wir als Partei die Möglichkeit haben, entsprechende Nominationen vorzunehmen.

Der Regierungsrat wird deshalb höflich gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. In wie viele Gremien entsendet der Kanton Vertretungen, welche durch den Regierungsrat gewählt werden?
2. Wie werden diese Posten ausgeschrieben, respektive wo wird eine entsprechende Ersatzwahl publiziert?
3. Nach welchen Kriterien entscheidet der Regierungsrat?
4. Berücksichtigt der Regierungsrat die parteipolitische Zusammensetzung der entsprechenden Gremien?
5. Sieht der Regierungsrat Verbesserungspotential am aktuellen Vorgehen?

Begründung 08.11.2023: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Patrick Friker, 2. Patrick Schlatter, 3. Fabian Gloor, Rea Eng-Meister, Kuno Gasser, Rolf Jeggli, Karin Kissling, Edgar Kupper, Matthias Meier-Moreno, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Sarah Schreiber, Thomas Studer, Bruno Vögtli, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas, André Wyss (19)

Stellungnahme RR: 12.03.2024

I 244/2023 (STK)

Interpellation Marie-Theres Widmer (Die Mitte, Steinhof): Medienvielfalt quo vadis? (15.11.2023)

Grundsätzlich tragen die Medien wesentlich zur politischen Wissens- und Willensbildung in der Bevölkerung bei. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zu einer funktionierenden direkten Demokratie. Seit längerem lässt sich jedoch beobachten, dass den Medien immer weniger Zeit für qualitativ gut recherchierte Artikel bleibt. Artikel mit reisserischen Schlagwörtern und knapp beleuchteten Argumenten sind die Folge.

Vor kurzem informierte die CH Media über einen grossflächigen Stellenabbau. Da CH Media im Kanton Solothurn eine dominante Stellung hat (Solothurner-, Oltner-, Basellandschaftliche Zeitung, Grenchner Tagblatt, Grenchner Stadtanzeiger, Radio 32, Tele M1), wird sich dieser Abbau sicher sehr bemerkbar machen.

Es stellen sich deshalb folgende Fragen:

1. Wie beurteilt die Regierung die allgemeine Situation der Medienvielfalt im Kanton Solothurn?
2. Wie will die Regierung sicherstellen, dass die Medien auch in Zukunft über Anliegen informieren, die den Kanton betreffen und/oder für die Bevölkerung relevant sind?
3. Welche Gefässe müssten bedient oder neu eröffnet werden, damit der Kanton nicht den Kontakt zur Bevölkerung verliert? Wie will der Kanton im Zuge der stetig weiter schwindenden Medienlandschaft beispielsweise gewährleisten, dass die Bevölkerung über Beschlüsse und Diskussionen von Regierungs- und Kantonsrat zukünftig in angemessenem Rahmen informiert wird?

Begründung 15.11.2023: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Marie-Theres Widmer, 2. Michael Ochsenbein, 3. André Wyss, Patrick Friker, Kuno Gasser, Rolf Jeggli, Edgar Kupper, Matthias Meier-Moreno, Daniel Nützi, Patrick Schlatter, Sarah Schreiber, Thomas Studer, Bruno Vögtli, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas (15)

Stellungnahme RR: 23.01.2024 (schriftlich)

I 245/2023 (DBK)

Interpellation Roberto Conti (SVP, Bettlach): Gendersprache bei Maturaarbeiten und bei Prüfungen? (15.11.2023)

Den aktuell geltenden Richtlinien zur Maturaarbeit vom 8. Februar 2023 an der Kantonsschule Solothurn sind (unter anderem) folgende Erwartungen an die Schüler und Schülerinnen zu entnehmen:

Zielsetzungen: Nach § 10 der Maturitätsverordnung 1995 gilt: «Maturanden und Maturandinnen müssen allein oder in einer Gruppe eine grössere eigenständige schriftliche oder schriftlich kommentierte Arbeit erstellen und mündlich präsentieren....

Sie lernen auch, den Arbeitsprozess und das Ergebnis in korrekter Sprache übersichtlich und differenziert darzulegen und mündlich zu präsentieren...

Neben analytischen und kreativen Fähigkeiten wird sprachliche Kompetenz in mündlicher und schriftlicher Form verlangt. Alle Absolventinnen und Absolventen der Mittelschulen sollen, bevor sie an den Hochschulen mit wissenschaftlichen Standards konfrontiert werden, wichtige Erfahrungen im wissenschaftlichen Arbeiten sammeln.»

Sprache: «Alle schriftlichen Teile sollen übersichtlich, nachvollziehbar strukturiert und in klarer und korrekter Sprache abgefasst werden.»

Form: «Die Arbeit erfüllt die sprachlichen und stilistischen Regeln der gewählten (Fach-) Sprache.»

Im Weiteren ist der Stellungnahme des Regierungsrates zum A 0168/2022 Auftrag Beat Künzli (SVP, Laupersdorf): Stopp dem Gender-Wirrwarr (07.09.2022) folgendes zu entnehmen:

«Die Rektoren der beiden Kantonsschulen sowie die Direktoren der beiden Berufsbildungszentren wurden unmittelbar nach Erscheinen des Leitfadens für gendergerechte Sprache des Kantons Solothurn im Sommer 2022 durch das Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen (ABMH) informiert und aufgefordert, diesen schulintern strikt anzuwenden und umzusetzen....

Bei offensichtlich vom ABMH beobachtetem falsch angewandtem Sprachgebrauch in Schreiben, Newslettern etc. werden die Autorinnen und Autoren resp. die jeweilige Leitungsebene durch das ABMH auf die abweichende Sprachanwendung aufmerksam gemacht. Dies war bei einzelnen Publikationen in jüngerer Vergangenheit nötig.»

Der Auftrag Künzli wurde bekanntlich in der Junisession 2023 erheblich erklärt und abgeschrieben. Demzufolge ist Stand heute davon auszugehen, dass diese Aussagen nach wie vor gelten, kontrolliert werden und bei Abweichungen konsequent eingeschritten wird.

Am 12. November 2023 war in der deutschen Presse (Bild) zu lesen, dass die künftige schwarz-rote Koalition (CDU und SPD) in Hessen in staatlich und öffentlich-rechtlichen Institutionen wie Schulen, Universitäten und Rundfunk das Gendern mit Sonderzeichen verbieten wolle. Dies sei die Grundlage für den Koalitionsvertrag. An den 1'800 Schulen in Hessen mit knapp einer Million Schülern, an den 21 staatlichen Hochschulen mit 250'000 Studenten dürfe dann nicht mehr gendert werden. Dies betreffe auch den Hessischen Rundfunk.

Man orientiere sich dabei am Rat der deutschen Sprache, welcher in seiner letzten Sitzung klar festgehalten habe, dass die Genderzeichen nicht zum Kernbestand der deutschen Orthografie gehörten.

Vor diesem Hintergrund ist der Regierungsrat höflich gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Ist es richtig, dass sich angehende Maturanden und Maturandinnen an der Kantonsschule Solothurn in ihrer Maturaarbeit auch an diese Regeln zu halten haben und folglich keine Gender-symbole und/oder Genderformulierungen verwenden dürfen?
2. Sind Maturaarbeiten zurückzuweisen, welche diese Regeln verletzen?
3. Aktuell werden die Richtlinien zur Maturaarbeit an der Kantonsschule Solothurn überarbeitet. Wird darin ein entsprechender Passus formuliert, dass Gendersymbole und/oder Genderformulierungen nicht erlaubt sind?
4. Welche Regeln gelten diesbezüglich an der Kantonsschule Olten?
5. Falls keine einheitliche Regelung besteht: Wird eine solche angestrebt?
6. Ist es richtig, dass sich Lehrer und Lehrerinnen bei Prüfungen auch an die Regeln zu halten haben und keine Gendersymbole erlaubt sind?
7. Wie beurteilt der Regierungsrat die erwähnte Entwicklung in Deutschland, an dessen Sprachregelungen sich die Schweiz stets anlehnt?

Begründung 15.11.2023: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Roberto Conti, 2. Beat Künzli, 3. Andrea Meppiel, Richard Aschberger, Johannes Brons, Markus Dick, Tobias Fischer, Walter Gurtner, Adrian Läng, Werner Ruchti, Philippe Ruf, Christine Rütli, Thomas von Arx, Rémy Wyssmann (14)

Stellungnahme RR: 09.01.2024 (schriftlich)

I 247/2023 (VWD)

Interpellation Silvia Fröhlicher (SP, Bellach): Anpassung an den Klimawandel im Siedlungsraum - was gedenkt der Regierungsrat zu tun? (15.11.2023)

Der Klimawandel erfordert zweierlei:

- Einerseits rasche und wirksame Massnahmen zur Reduktion des durch den Menschen beeinflussten Klimawandels
 - Andererseits mittel- bis langfristig wirksame Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel.
- Sowohl der Bund mit seinem (nunmehr zweiten) «Aktionsplan 2020-2025 zur Anpassung an den Klimawandel» sowie mehrere Kantone haben hierzu bereits Aktionspläne, Massnahmenpläne, Konzepte und Strategien entwickelt.

Im zweiten Bereich stehen für einen dicht besiedelten Mittellandkanton primär, aber nicht ausschliesslich, Massnahmen gegen das sogenannte «Urban Heating» im Vordergrund. Städte und Agglomerationen sind gegenüber der erwarteten Zunahme von Hitzeperioden besonders sensitiv. Die Notwendigkeit, Grünräume und damit kühle Inseln trotz hohem Baudruck zu erhalten, nimmt zu. Trotz einzelner Massnahmen von Verwaltungsstellen oder kantonalen Anstalten (etwa die Pilotstudie der Gebäudeversicherung bezüglich Windereignisse) fehlt ein kohärentes kantonales Massnahmenpaket.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Mit welchen Mitteln und Massnahmen können aus Sicht des Regierungsrates an den Klimawandel anpassungsfähige Raumstrukturen gefördert bzw. geschaffen werden?
2. Ist eine Richtplananpassung geplant, bei der die Anpassung an den Klimawandel verankert wird?
3. Plant der Regierungsrat verstärkte regulatorische Massnahmen (Vorgaben im Planungs- und Baurecht), um:
 - a) siedlungsklimatische Aspekte in der Siedlungsplanung integral zu berücksichtigen?
 - b) Grün- und Freiflächen zu erhalten, die ausgebaut und vernetzt werden, um Flexibilität für Anpassungsmassnahmen zu fördern?
 - c) die Durchgrünung von Gebäuden zu verbessern?
 - d) Anreizstrukturen zur Sicherung von Freiflächen zu schaffen?
 - e) in den Bauzonen die Bestimmungen zu Begrünungs- und Versiegelungsgrad zu verschärfen?

- f) ausreichende Durchlüftung der Siedlungsstrukturen zu gewährleisten, insbesondere bei Arealüberbauungen?
 - g) Kaltluftschneisen zu erhalten oder zu entwickeln?
 - h) offene, bewegte Wasserflächen zu erhalten oder zu schaffen?
4. Ist der Regierungsrat bereit, unterschiedliche Klimaszenarien zu erarbeiten, allenfalls in Zusammenarbeit und Mitfinanzierung durch verwaltungsnahe oder -externe Stellen, um diese den Gemeinden oder Dritten für ihre Planungsarbeiten zur Verfügung zu stellen?
 5. Ist der Regierungsrat bereit, den Gemeinden bei künftigen Planungen Vorgaben zu machen bezüglich des Umgangs mit besonders exponierten Gebieten, beispielsweise mittels Freiflächenausscheidung oder Zonierung?

Begründung 15.11.2023: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Silvia Fröhlicher, 2. Georg Nussbaumer, 3. Laura Gantenbein, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Bürki, Myriam Frey Schär, Christian Ginsig, Philipp Heri, Nicole Hirt, Stefan Hug, Thomas Lüthi, Thomas Marbet, Rebekka Matter-Linder, Matthias Meier-Moreno, Daniel Nützi, Franziska Rohner, Simone Rusterholz, Christof Schauwecker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Nadine Vögeli, Jonas Walther, Marie-Theres Widmer, Marianne Wyss, André Wyss (28)

Stellungnahme RR: 27.02.2024(schriftlich)

I 264/2023 (BJD)

Interpellation Stephanie Ritschard (SVP, Riedholz): Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen (13.12.2023)

Am 14. August 2014 wurde die eidgenössische Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» angenommen und mit der Änderung der Bundesverfassung (BV) sofort in Kraft gesetzt. Gemäss Art. 123c BV verlieren Personen, die verurteilt werden, weil sie die sexuelle Unversehrtheit eines Kindes oder einer abhängigen Person beeinträchtigt haben, endgültig das Recht, eine berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit mit Minderjährigen oder Abhängigen auszuüben.

Seit 1. Januar 2015 ist die Umsetzung von Art. 123c BV im schweizerischen Strafgesetzbuch (StGB) im Art. 67 StGB sanktionsrechtlich als andere Massnahme verankert. Auf den 1. Januar 2019 ist der entsprechende revidierte Art. 67 StGB in Kraft getreten und die Bestimmungen zu den Tätigkeitsverboten sind massiv verschärft worden.

Gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung ist das Tätigkeitsverbot streng anzuwenden. In der Schweiz wurden 2021 aber lediglich 191 Berufsverbote ausgesprochen, während insgesamt 241 Urteile wegen sexueller Handlungen mit Kindern und rund 800 Urteile wegen illegaler Pornografie erlassen wurden; beides Delikte, die laut Strafgesetzbuch prinzipiell ein Berufsverbot nach sich ziehen (NZZ vom 13.07.2023).

Offenbar scheinen die kantonalen Instanzen grosszügiger zu sein und nehmen – entgegen der bundesgerichtlichen Rechtsprechung – öfters einen «besonders leichten Fall» an, damit der Fall nicht angeklagt, sondern im Strafbefehlsverfahren erledigt werden kann und somit kein Tätigkeitsverbot ausgesprochen werden muss. Dies entspricht aber weder dem Volkswillen noch den gesetzlichen Vorgaben. Daher stellt sich die Frage, ob (auch) im Kanton Solothurn Handlungsbedarf besteht.

In diesem Kontext wird der Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie ist die kantonale Praxis in Bezug auf die Handhabung des Tätigkeitsverbots, insbesondere in Bezug auf die Anlasstaten der sexuellen Handlungen mit Kindern (Art. 187 StGB) und Kinderpornografie (Art. 197 Abs. 1 oder 3, Abs. 4 oder 5)? Gibt es dazu eine entsprechende Weisung der Oberstaatsanwaltschaft und wie lautet diese?

2. Wie viele Strafurteile (Gerichtsurteile und Strafbefehle) wegen sexueller Handlungen mit Kindern (Art. 187 StGB) wurden im Kanton Solothurn seit 2019 jährlich erlassen? Wie oft wurde dabei ein Tätigkeitsverbot im Sinne von Art. 67 Abs. 3 StGB ausgesprochen?
3. Wie viele Strafurteile (Gerichtsurteile und Strafbefehle) wegen Kinderpornografie (Art. 197 Abs. 1 oder 3, Abs. 4 oder 5) wurden im Kanton Solothurn seit 2019 jährlich erlassen? Wie oft wurde dabei ein Tätigkeitsverbot im Sinne von Art. 67 Abs. 3 StGB ausgesprochen?
4. Welche Berufe und Tätigkeiten betrafen die Tätigkeitsverbote gemäss Fragen 2 und 3?
5. Dort, wo trotz eines bestehenden Anlassdelikts kein Tätigkeitsverbot ausgesprochen wurde:
 - a) Um was für Delikte handelte es sich und was waren die Gründe für den Verzicht auf ein Tätigkeitsverbot im Sinne von Art. 67 Abs. 3 StGB (Auflistung nach Instanzen)?
 - b) In wie vielen Fällen verzichtete die erste Instanz auf das Aussprechen eines Tätigkeitsverbots? In wie vielen dieser Fälle hat die Staatsanwaltschaft Beschwerde erhoben?
 - c) In wie vielen Fällen hat das Obergericht im Rahmen des Berufungsverfahrens ein Tätigkeitsverbot ausgesprochen?
 - d) In wie vielen Fällen wurde gegen das zweitinstanzlich ausgesprochene Tätigkeitsverbot Beschwerde erhoben?
 - e) In wie vielen dieser Fälle hat das Bundesgericht das Urteil des Obergerichts in Bezug auf das Tätigkeitsverbot korrigiert (Bestätigung, Anordnung, Aufhebung)?
6. Wie viele Rückfälle gab es im Kanton Solothurn bei sexuellen Handlungen mit Kindern und Kinderpornografie, nachdem in Anwendung von Art. 67 Abs. 4bis StGB kein Tätigkeitsverbot ausgesprochen wurde?
7. Wie steht der Kanton Solothurn in Bezug auf die Konsequenz bei der Umsetzung des Art. 123c BV bzw. Anwendung von Art. 67 Abs. 3 StGB im Vergleich mit anderen Kantonen da?

Begründung 13.12.2023: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Stephanie Ritschard, 2. Werner Ruchti, 3. Thomas Wenger, Markus Dick, Tobias Fischer, Kevin Kunz, Adrian Läng, Andrea Meppiel (8)

Stellungnahme RR: 26.3.2024

I 009/2024 (VWD)

Interpellation Thomas Marbet (SP, Olten): Uber im Kanton Solothurn, Fluch oder Segen? (31.01.2024)

Uber hat auch den Weg in den Kanton Solothurn gefunden. Für die einen ist es ein Fluch, weil Überfahrten für die lokalen Behörden nicht erkennbar und somit auch nicht kontrollierbar sind. Insbesondere diejenigen Gemeinden, welche ein lokales Taxigewerbe aufweisen und deren Tätigkeit mittels Taxigesetz regeln, sehen sich mit der Forderung konfrontiert, Uber auf Gemeindegebiet zu verbieten oder zumindest auf Einhaltung der Taxivorschriften zu kontrollieren, da ansonsten eine Wettbewerbsverzerrung stattfindet. Für die anderen stellt dies ein Segen dar, weil ein willkommener Wettbewerb zum örtlichen Taxigewerbe entsteht.

In diesem Zusammenhang bittet der Unterzeichner den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie kann sichergestellt werden, dass Uber das örtliche Taxigewerbe nicht unlauter konkurrenziert? Insbesondere wie stellt das zuständige Amt/Behörde sicher, dass die Vorschriften für Ruhezeiten, Mindestlöhne, Sozialversicherungsabgaben etc. eingehalten werden?
2. Wie kann sichergestellt werden, dass Uber, wenn sie auf einem Gemeindegebiet Taxifahrten anbieten, sich an die entsprechend geltenden Taxivorschriften halten?
3. Wie könnte sichergestellt werden, dass eine allfällige kantonale Taxigesetzgebung auch flächendeckend umgesetzt würde? Was wären die Kosten?

Begründung 31.01.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Thomas Marbet (1)

Stellungnahme RR: 05.03.2024 (schriftlich)

I 014/2024 (DDI)

Interpellation Stephanie Ritschard (SVP, Riedholz): Aufklärung der Freistellung von PD Dr. Ingo Bergmann und Auswirkungen auf die medizinische Versorgung und das ECMO-Projekt der soH (31.01.2024)

Diese Interpellation wird eingereicht, um die plötzliche Freistellung von PD Dr. Ingo Bergmann als Chefarzt Anästhesie/Intensivmedizin und Mitglied der Spitalleitung zu beleuchten sowie die daraus resultierenden Konsequenzen zu ergründen und zu erfahren. Die Freistellung wirft ernsthafte Fragen auf, insbesondere hinsichtlich der Patientensicherheit und der Fortführung der ECMO-Therapie. Ich möchte verstehen können, wie diese Therapie weitergeführt wird und welche Schritte unternommen werden, um die Sicherheit und Versorgung der Patienten zu gewährleisten.

Der Regierungsrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Freistellung von PD Dr. Bergmann:
 - a) Wie kam es zur Freistellung von PD Dr. Ingo Bergmann, einem hoch engagierten und kompetenten Chefarzt?
 - b) Wurden alle relevanten Informationen, einschliesslich der positiven Ergebnisse der Mitarbeiterumfrage in der Abteilung Anästhesie und Intensivmedizin vom August 2023, bei der Entscheidung berücksichtigt?
 - c) Gab es spezifische Gründe für die Freistellung, die der Öffentlichkeit bisher nicht mitgeteilt wurden, insbesondere im Hinblick auf die weitreichenden Konsequenzen für die Notfallversorgung, die Intensivmedizin (einschliesslich des ECMO-Projekts) und die medizinischen Standards?
2. Organisatorisches Verschulden und potenzielle Todesfolgen:
 - a) Inwiefern könnte das Versäumnis, die ECMO-Therapie während der Freistellung zu sichern, als organisatorisches Verschulden betrachtet werden und welche potenziellen Auswirkungen auf die Patientenversorgung ergeben sich daraus?
 - b) Warum darf eine Person wie Herr Schuhmacher, die nicht mehr in der Position des Chefarztes tätig ist, weiterhin Entscheidungen treffen, insbesondere bezüglich der ECMO-Therapie?
3. Auswirkungen auf die ECMO-Therapie:
 - a) Welche Institutionen unterstützten, finanzierten und genehmigten die Einführung der ECMO-Therapie durch PD Dr. Bergmann und sein Team?
 - b) Wurden bei der Einführung der ECMO-Therapie in Solothurn die geltenden medizinischen Leitlinien und Richtlinien eingehalten?
 - c) Wie viele ECMO-Geräte stehen seit der Freistellung von PD Dr. Bergmann ungenutzt?
 - d) Was waren die Kosten für ein ECMO-Gerät und wurden diese aus dem Budget des Gesundheitswesens oder anderweitig finanziert?

Begründung 31.01.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Stephanie Ritschard, 2. Thomas Giger, 3. Werner Ruchti, Kevin Kunz, Adrian Läng, Thomas Lüthi, Manuela Misteli, Jonas Walther, Sabrina Weisskopf, Thomas Wenger (10)

Stellungnahme RR: 12.3.2024

I 036/2024 (DDI)

Interpellation Stephanie Ritschard (SVP, Riedholz): Freistellungen und Personalpolitik bei den Solothurner Spitäler AG (soH) (20.03.2024)

Ich möchte mit dieser Interpellation energisch auf die aussergewöhnlich hohe Anzahl von Freistellungen und Kündigungen von Kadermitarbeiterinnen und Kadermitarbeitern bei der Solothurner Spitäler AG (soH) hinweisen. In den letzten 24 Monaten haben sich diese Vorfälle häufig gehäuft, und einige prominente Persönlichkeiten haben das Unternehmen verlassen. Diese Entwicklungen geben Anlass zu ernsthaften Bedenken über die Personalpolitik und die Stabilität der Führungsebene bei der soH.

Ich fordere den Regierungsrat auf, diese Fragen umfassend zu beantworten, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Personalpolitik der Solothurner Spitäler wiederherzustellen und sicherzustellen, dass die Gesundheitsversorgung der Bürger und Bürgerinnen des Kantons Solothurn auf höchstem Niveau gewährleistet wird.

1. Welche Abteilungen innerhalb der Solothurner Spitäler haben in den letzten fünf Jahren die meisten Freistellungen von Mitarbeitenden verzeichnet?
2. Wie viele Mitarbeitende wurden in den genannten Abteilungen im genannten Zeitraum freigestellt, und wie lange dauerten im Durchschnitt diese Freistellungen?
3. Welche Gründe wurden für diese Freistellungen angegeben, und welche Massnahmen wurden ergriffen, um sicherzustellen, dass sie nicht übermässig häufig oder willkürlich erfolgen?
4. Wie wurden die freigestellten Mitarbeitenden während ihrer Freistellung weiterhin entlohnt, und wie hoch waren die Kosten für diese Lohnzahlungen für den Haushalt des Kantons Solothurn?
5. Welche Effekte hatten diese Freistellungen auf die Produktivität und Effizienz der betroffenen Abteilungen, und welche Massnahmen wurden ergriffen, um eventuelle Auswirkungen auf den Betrieb zu minimieren?
6. Gibt es interne Kontrollmechanismen oder Überwachungsverfahren, um sicherzustellen, dass Freistellungen gerechtfertigt sind und die betroffenen Mitarbeitenden weiterhin angemessen entlohnt werden?
7. Welche Schritte hat man intern unternommen, um die Effizienz der Personalpolitik bei den Solothurner Spitälern zu verbessern und sicherzustellen, dass öffentliche Mittel verantwortungsvoll eingesetzt werden?
8. Wie hat sich die Anzahl der Kündigungen von Mitarbeitenden bei der Solothurner Spitäler AG (soH) in den letzten fünf Jahren entwickelt, und welche Massnahmen wurden ergriffen, um die Gründe für diese Kündigungen zu adressieren und ihre Häufigkeit zu reduzieren?
9. Können sie eine Gegenüberstellung der Freistellungen und Kündigungen zwischen den Standorten Olten und Solothurn innerhalb der Solothurner Spitäler in den letzten fünf Jahren vorlegen und etwaige Gründe für die festgestellten Unterschiede erläutern?

Begründung 20.03.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Stephanie Ritschard, 2. Sabrina Weisskopf, 3. Thomas Wenger, Markus Dick, Tobias Fischer, Kevin Kunz, Adrian Läng, Manuela Misteli, Stefan Nünlist, Jennifer Rohr, Martin Rufer (11)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

I 037/2024 (DBK)

Interpellation Nicole Hirt (glp, Grenchen): Alter bei der Einschulung (Stichtag 31.07.) (20.03.2024)

Der Stichtag für die Einschulung ist im Kanton Solothurn der 31. Juli. Dies in Anlehnung an das HarmoS-Konkordat, welchem 15 Kantone angehören. Somit ist beim Eintritt in den Kindergarten das jüngste Kind 4 Jahre und 2 Wochen alt, während das älteste 4 Jahre und 50 Wochen alt ist. In diesem Alter sind die entwicklungspsychologischen Unterschiede gewaltig. Hier ein Zitat einer schulischen Heilpädagogin: «In den letzten Jahren stellen wir zunehmend fest, dass wir vermehrt junge Kinder im Kindergarten haben, welche mit den täglichen Gegebenheiten überfordert sind. Oftmals ist es so, dass sie innerhalb der zwei Kindergartenjahre die Schulreife für den Übertritt in die 1. Klasse nicht erlangen und somit ein drittes Kindergartenjahr, welches bereits als Repetition gilt, bei uns absolvieren». Dies obwohl z.B. die Stadt Grenchen seit mehr als zehn Jahren einen Vorkindergarten betreibt und die frühkindliche Sprachförderung ebenfalls beschlossene Sache ist. Diese grossen Entwicklungsunterschiede, gepaart mit ebenfalls zunehmenden Verhaltensauffälligkeiten, treiben die Lehrpersonen des Zyklus 1 mehr und mehr an die Grenzen ihrer Belastbarkeit oder darüber hinaus. Die jüngsten Kinder brauchen oft Unterstützung in ganz alltäglichen Situationen wie Schuhe anziehen, Reissverschlüsse schliessen, Treppen steigen, das Aufsuchen der sanitären Einrichtungen. Zeit, die dann für den Kompetenzerwerb gemäss Lehrplan 21 fehlt. Aus diesem Grund haben einige Kantone den Stichtag wieder zurückverlegt.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie viele sehr junge Kinder (Einschulungsalter zwischen 31. Januar und 31. Juli erreicht) absolvierten in den letzten fünf Jahren im Kanton Solothurn ein 3. Kindergartenjahr?
2. Wie viele dieser sehr jung eingeschulten Kinder benötigen in der späteren Primarschullaufbahn ab der 1. Klasse weitere Massnahmen (FS B, FS A)?
3. Wie gross ist der Anteil dieser sehr jungen Kinder in den Schulstufen SEK B, P und E?
4. Wie viele Kinder wurden in den letzten fünf Jahren schon vor Eintritt in den Kindergarten abgeklärt?
5. Wie viele Kinder wurden im Zyklus 1 abgeklärt?
6. Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass ein Verschieben des Stichtages auf z.B. den 31. Januar die Problematik entschärfen könnte?
 - 6.1 Wenn ja, was gedenkt er zu unternehmen?
 - 6.2 Wenn nein, warum nicht?
7. Gibt es Signale aus anderen HarmoS-Kantonen, den Stichtag als ungünstig zu betrachten (nicht HarmoS-Kantone haben z.T. andere Stichtage)?

Begründung 20.03.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Nicole Hirt, 2. Thomas Lüthi, 3. Samuel Beer, Richard Aschberger, Matthias Borner, Johannes Brons, Roberto Conti, Markus Dietschi, Laura Gantenbein, Kuno Gasser, Christian Ginsig, Walter Gurtner, David Häner, Sibylle Jeker, Kevin Kunz, Beat Künzli, Barbara Leibundgut, Rebekka Matter-Linder, Matthias Meier-Moreno, Andrea Meppiel, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Stephanie Ritschard, Simone Rusterholz, Christine Rütli, Silvia Stöckli, Mathias Stricker, Thomas Studer, Bruno Vögtli, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas, Jonas Walther, Marie-Theres Widmer, André Wyss (34)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

I 038/2024 (DDI)

Interpellation Daniel Urech (Grüne, Dornach): Anordnungs- und Abrechnungspraxis in Bezug auf Akut- und Übergangspflege – werden die Kosten gesetzeskonform verteilt? (20.03.2024)

Nach einem stationären Spitalaufenthalt stellen häusliche Pflegeleistungen oder Übergangsbetten in Alters- und Pflegeheimen ein wertvolles Mittel dar, um Patienten und Patientinnen eine rasche Rückkehr in die eigenen vier Wände zu ermöglichen und die Spitäler zu entlasten. Gemäss Art. 25a Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) sind Pflegeleistungen der Akut- und Übergangspflege, wenn sie sich im Anschluss an einen Spitalaufenthalt als notwendig erweisen und sie ärztlich angeordnet werden, während längstens zweier Wochen nach den Regeln der Spitalfinanzierung zu vergüten. Entsprechend haben gestützt auf Art. 49a KVG der Kanton und die Versicherer die Kosten anteilmässig zu tragen. Eine Kostenbeteiligung der Einwohnergemeinden besteht nicht. Kantonale Ausführungsbestimmungen finden sich in der Verordnung über die Akut- und Übergangspflege (BGS 832.15). In deren § 1 werden die inhaltlichen Voraussetzungen für die Anordnung definiert. Zudem beinhaltet die Verordnung Bestimmungen zur Beauftragung von Leistungserbringern (§ 2/3) sowie zur Abrechnung durch die Solothurner Spitäler AG (§ 5).

Ganz andere Finanzierungsmodalitäten gelten gestützt auf Art. 25a Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 KVG für die sonstige ambulante häusliche Pflege (Spitex). In diesem Bereich überlässt der Bund die Regelung der Frage, wer die Restkosten (Kosten, welche weder durch eine Versicherung noch durch die Patienten und Patientinnen selbst zu tragen sind) zu bezahlen hat, den Kantonen. Gemäss § 144bis Abs. 2 des solothurnischen Sozialgesetzes (SG) müssen diese Kosten durch die Einwohnergemeinden getragen werden, wobei die Abrechnung zentral über die Clearing-Stelle des Kantons erfolgt. Aufgrund der Verschiedenheit der Finanzierungssysteme entscheidet der Umstand, ob eine Akut- und Übergangspflege in den gesetzlich vorgesehenen Fällen auch tatsächlich spitalärztlich angeordnet wird, darüber, ob der Kanton oder die Einwohnergemeinden die ergänzende Finanzierung zu tragen haben. Bei verschiedenen Gemeinden ist die Vermutung entstanden, dass im Kanton Solothurn diverse Leistungen, die systematisch eigentlich zur Akut- und Übergangspflege gehören müssten, faktisch im Rahmen der Spitex-Leistungen in der ambulanten Pflege erbracht und abgerechnet werden. Sollte dies zutreffen, würden den Gemeinden Kosten überwältigt, welche aufgrund der Rechtslage eigentlich vom Kanton und den Krankenversicherungen zu tragen wären. Unter dem Gesichtspunkt einer gesetzeskonformen Kostenverteilung zwischen Kanton, Krankenversicherern, Gemeinden und Patienten und Patientinnen erscheint eine saubere Handhabung in diesem Bereich von hoher Wichtigkeit.

Der Regierungsrat wird in diesem Zusammenhang um die Beantwortung der folgenden Fragen ersucht:

1. Wie wird die Verordnung über die Akut- und Übergangspflege (BGS 832.15) im Kanton Solothurn angewendet?
2. Bei welchen Spitex-Organisationen werden die Leistungen der Akut- und Übergangspflege im Sinne der genannten Verordnung ausgeübt?
3. In welchem Umfang wurde die Akut- und Übergangspflege in Alters- und Pflegeheimen in Passerelle-Betten geleistet?
4. Wie sieht die Abgeltung für die Akut- und Übergangspflege in Alters- und Pflegeheimen aus, die keinen Vertrag dafür haben?
5. In welcher Quantität (sowohl Anzahl Fälle als auch Umfang der Kostenbeiträge des Kantons) wurden in den Jahren 2019-2023 Leistungen der Akut- und Übergangspflege gemäss Art. 25a Abs. 2 KVG in den Spitälern im Kanton Solothurn ärztlich angeordnet und durch den Kanton im Rahmen der Spitalfinanzierung mitfinanziert?
6. Wie sieht die Situation in Bezug auf Spitex-Pflege nach ausserkantonalen Spitalaufenthalten aus?
7. In wie vielen Fällen wird nach einem Spitalaufenthalt eine Spitex-Pflege über den ordentlichen Weg (Clearing-Stelle, Kostentragung durch die Einwohnergemeinden) abgerechnet?

8. Welche Controlling-Massnahmen sind (insbesondere im Amt für Gesundheit und bei den Solothurner Spitäler AG) aktuell in Kraft, mit denen sichergestellt wird, dass Leistungen der Akut- und Übergangspflege gemäss den gesetzlichen Vorgaben auch tatsächlich ärztlich angeordnet werden?
9. Welche Controlling-Massnahmen sind aktuell in Kraft, mit denen sichergestellt wird, dass die Leistungen der Akut- und Übergangspflege korrekt nach den gesetzlichen Vorgaben über die ordentliche Spitalfinanzierung abgerechnet werden?
10. Ist der Regierungsrat bereit, für eine bessere Transparenz bezüglich der in der Interpellationsbegründung aufgezeigten Problematik zu sorgen?
11. Besteht aus Sicht des Regierungsrates Handlungsbedarf zur Sicherstellung einer korrekten Anordnung und Abrechnung von Leistungen der Akut- und Übergangspflege?

Begründung 20.03.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Daniel Urech, 2. Barbara Leibundgut, 3. Fabian Gloor, Richard Aschberger, Hubert Bläsi, Christian Ginsig, Christian Herzog, Susanne Koch Hauser, Freddy Kreuchi, Sarah Schreiber, Bruno Vöggtli, Benjamin von Däniken, Marie-Theres Widmer, André Wyss (14)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

I 039/2024 (DDI)

Interpellation Stephanie Ritschard (SVP, Riedholz): Herkunft und Gründung des «Fonds Pro BSS», Solothurner Spitäler (20.03.2024)

Mit dieser Interpellation möchte ich mehr Hintergrundinformationen zu einem wichtigen Thema ansprechen, das die Finanzierung des «Fonds Pro BSS» betrifft. Die Frage nach der Herkunft der Fondsgelder ist von entscheidender Bedeutung, da sie direkte Auswirkungen auf die Integrität und die ethischen Standards des «Fonds Pro BSS» hat. Angesichts der Grösse der Geldsummen, die in den Fonds fließen, ist es unerlässlich, dass die Quellen dieser Mittel vollständig transparent und ethisch einwandfrei sind. Insbesondere der Hinweis auf möglichen Abrechnungsbetrug im Zusammenhang mit ambulanten Anästhesie-Leistungen und Leistungen der Notärzte und Notärztinnen im Rettungsdienst wirft ernsthafte Fragen auf.

Ich fordere den Regierungsrat auf, diese Fragen umfassend zu beantworten:

1. Gründung und Herkunft der Fondsgelder:
 - 1.1 Wann wurde der «Fonds Pro BSS» gegründet und welche Ziele und Zwecke verfolgte die Gründung des Fonds, und welche Personen oder Organisationen waren an seiner Gründung beteiligt?
 - 1.2 Könnten Sie bitte genau erläutern, aus welchen Quellen die Fondsgelder stammen, die dem «Fonds Pro BSS» zur Verfügung gestellt werden?
 - 1.3 Gibt es eine detaillierte Aufschlüsselung der Beträge und ihrer Herkunft, um Transparenz über die finanziellen Mittel des Fonds zu gewährleisten?
 - 1.4 Welche rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen gelten für die Mittelbeschaffung des «Fonds Pro BSS»?
2. Verwendung der Fondsmittel:
 - 2.1 Wie werden die Mittel des «Fonds Pro BSS» verwendet? Gibt es klare Richtlinien oder Kriterien für die Verwendung dieser Mittel?
 - 2.2 Wird die Verwendung der Fondsmittel regelmässig überprüft und bewertet, um sicherzustellen, dass sie den beabsichtigten Zwecken entsprechen?
 - 2.3 Welche Massnahmen werden ergriffen, um sicherzustellen, dass die Verwendung der Fondsmittel transparent und rechenschaftspflichtig ist?
3. Einflussnahme auf Entscheidungen:

- 3.1 Wer trifft letztendlich die Entscheidungen über die Verwendung der Fondsmittel? Gibt es eine unabhängige Kontrollinstanz oder eine Aufsichtsbehörde, die die Entscheidungen überprüft?
- 3.2 Welche Interessenvertreter sind in die Entscheidungsfindung des «Fonds Pro BSS» involviert? Gibt es Mechanismen, um Interessenskonflikte zu vermeiden oder offenzulegen?
- 3.3 Wie wird sichergestellt, dass die Entscheidungen des «Fonds Pro BSS» im besten Interesse der Öffentlichkeit und der Patientenversorgung getroffen werden?
- 3.4 Inwieweit spielt der ehemalige Chefarzt Dr. Schuhmacher eine Rolle bei der Verwaltung und Entscheidungsfindung des «Fonds Pro BSS»?
4. **Transparenz und Rechenschaftspflicht:**
 - 4.1 Welche Massnahmen werden ergriffen, um die Transparenz über die Aktivitäten und Entscheidungen des «Fonds Pro BSS» zu verbessern?
 - 4.2 Gibt es Berichtspflichten oder öffentliche Berichte über die Verwendung der Fondsmittel? Wenn ja, wie oft werden diese veröffentlicht und welche Informationen enthalten sie?
 - 4.3 Welche Möglichkeiten haben Bürger und Bürgerinnen, um Informationen über den «Fonds Pro BSS» anzufordern oder Einblick in seine Aktivitäten zu erhalten?
5. **Herkunft der Fondsgelder:**
 - 5.1 Kann die Quelle der Fondsgelder im Hinblick auf die Vorwürfe bezüglich möglichen Abrechnungsbetrugs im Zusammenhang mit ambulanten Anästhesie-Leistungen und Leistungen der Notärzte und Notärztinnen im Rettungsdienst genauer erläutert werden?

Begründung 20.03.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Stephanie Ritschard, 2. Sabrina Weisskopf, 3. Thomas Wenger, Markus Dick, Kevin Kunz, Adrian Läng, Jennifer Rohr (7)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

I 040/2024 (FD)

Interpellation Stephanie Ritschard (SVP, Riedholz): Effizienz und Personalpolitik im Kanton Solothurn (20.03.2024)

Angesichts der aktuellen Situation im Kanton Solothurn ist es von entscheidender Bedeutung, die Effizienz der Personalpolitik zu überprüfen und sicherzustellen, dass öffentliche Mittel verantwortungsbewusst eingesetzt werden. In den letzten Jahren und Monaten wurden vermehrt Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen freigestellt, wobei die meisten von ihnen trotz ihrer Freistellung weiterhin ihren Lohn erhalten haben. Zusätzlich ist anzumerken, dass auch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die über längere Zeiträume krankgeschrieben sind und somit am Arbeitsplatz fehlen, Lohnzahlungen erhalten. Trotz dieser finanziellen Absicherung für die betroffenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen stellen sich jedoch wichtige Fragen bezüglich der Wirksamkeit dieser Massnahme und ihrer Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen.

In diesem Zusammenhang bitte ich um Auskunft über folgende Angelegenheiten:

1. Welche Abteilungen innerhalb der Regierung des Kantons Solothurn haben in den letzten acht Jahren die meisten Freistellungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verzeichnet?
2. Wie viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wurden in den genannten Abteilungen im genannten Zeitraum freigestellt, und wie lange dauerten im Durchschnitt diese Freistellungen?
3. Welche Gründe wurden für diese Freistellungen angegeben, und welche Massnahmen wurden ergriffen, um sicherzustellen, dass sie nicht übermässig häufig oder willkürlich erfolgen?
4. Wie wurden die freigestellten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen während ihrer Freistellung weiterhin entlohnt, und wie hoch waren die Kosten für diese Lohnzahlungen für den Haushalt des Kantons Solothurn?

5. Welche Effekte hatten diese Freistellungen auf die Produktivität und Effizienz der betroffenen Abteilungen, und welche Massnahmen wurden ergriffen, um eventuelle Auswirkungen auf den Betrieb zu minimieren?
6. Wie viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen waren in den letzten acht Jahren aufgrund von Krankheit längere Zeit arbeitsunfähig und haben somit Lohnzahlungen erhalten, und wie hoch waren die Kosten für diese Zahlungen für den Haushalt des Kantons Solothurn?
7. Gibt es interne Kontrollmechanismen oder Überwachungsverfahren, um sicherzustellen, dass Freistellungen gerechtfertigt sind und die betroffenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen weiterhin angemessen entlohnt werden?
8. Welche Schritte hat man intern unternommen, um die Effizienz der Personalpolitik im Kanton Solothurn zu verbessern und sicherzustellen, dass öffentliche Mittel verantwortungsvoll eingesetzt werden?

Begründung 20.03.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Stephanie Ritschard, 2. Sabrina Weisskopf, 3. Thomas Wenger, Markus Dick, Kevin Kunz, Beat Künzli, Adrian Läng, Andrea Meppiel, Manuela Misteli, Stefan Nünlist, Jennifer Rohr, Martin Rufer (12)

Stellungnahme RR: 23.04.2024 (schriftlich)

I 046/2024 (VWD)

Interpellation Fraktion SVP: Einflüsse auf den Kanton Solothurn durch eine institutionelle Anbindung der Schweiz an die Europäische Union (EU) (27.03.2024)

Der Bund gab bekannt, dass das Verhandlungsmandat zwischen der Schweiz und der EU aufgenommen wurde und die Diskussionen um die Form des institutionellen Abkommens im Gange sind (Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten [EDA], 2024). Im Vorfeld haben die Kantone bereits ihre Meinungen einfließen lassen; das EDA hält dazu fest: «Am 2. Februar 2024 haben die Kantonsregierungen auf Basis ihrer europapolitischen Standortbestimmung vom 24. März 2023 ihre Stellungnahme zum Verhandlungsmandatsentwurf anlässlich der ausserordentlichen Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) verabschiedet» (Bericht über die Ergebnisse der Konsultation zum Entwurf eines Verhandlungsmandats zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über die Stabilisierung und Weiterentwicklung ihrer Beziehungen, 2024, S. 8). Es ergibt sich aus diesem Verhandlungsentwurf, dass die institutionelle Anbindung einschneidende Effekte auf den Kanton Solothurn haben würde. Daraus resultieren folgende Fragen:

1. Welche Befugnisse des Kantons Solothurn würden an die EU oder den Bund abgetreten oder eingeschränkt werden?
2. Am 26. Mai 2021 wurden die Verhandlungen mit der EU, aufgrund von «substanziellen Differenzen» abgebrochen (swissinfo.ch, 2021). Nun scheint sich (vgl. KdK-Bericht) der Kanton Solothurn zustimmend zum neuen Mandat eingebracht zu haben. Welches sind die inhaltlichen Unterschiede des neuen Verhandlungsmandats im Vergleich zu 2021 und worin verbessern sich die Inhalte «substanziell» für unseren Kanton?
3. Hat die Solothurner Kantonsregierung bereits die Gewerkschaften miteinbezogen? Gestützt auf Medienberichte (Beispiel: NZZ online, 2024) ist der Gewerkschaftsbund dem Verhandlungsmandat gegenüber kritisch eingestellt. Als von Industrie/Distributionsbetrieben geprägter Kanton dürfte dies für uns im Sinne des Arbeitnehmer- und Lohnschutzes besonders relevant sein.
4. Als Kanton mit bedeutender (Fach-)Hochschule und hoher Qualität der Lehre, welche Einflüsse hätte dieses Abkommen in Bezug auf die Zulassung neuer Studierenden?

5. Kann die Kantonsregierung einschätzen, welchen finanziellen Zusatzaufwand die regelmässigen Zahlungen an die EU für den Kanton Solothurn ausmachen würden und wie diese aufzufangen wären?

Literaturverzeichnis

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA. (2024). Bericht über die Ergebnisse der Konsultation zum Entwurf eines Verhandlungsmandats zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über die Stabilisierung und Weiterentwicklung ihrer Beziehungen. Bern: Schweizerische Eidgenossenschaft.

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA. (8. März 2024). Beziehungen Schweiz–EU: Der Bundesrat verabschiedet das endgültige Verhandlungsmandat. Von <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/das-eda/aktuell/news.html/content/eda/de/meta/news/2024/3/8/100342.html> abgerufen

NZZ online. (18. März 2024). Kommt es zum Eklat im EU-Dossier? «Wir verlangen eine Aussprache mit dem Bundesrat» – die Gewerkschaften drohen, den Tisch zu verlassen. Von [www.nzz.ch: https://www.nzz.ch/schweiz/kommt-es-zum-eklat-im-eu-dossier-wir-verlangen-eine-aussprache-mit-dem-bundesrat-die-gewerkschaften-drohen-den-tisch-zu-verlassen-ld.1822567](https://www.nzz.ch/schweiz/kommt-es-zum-eklat-im-eu-dossier-wir-verlangen-eine-aussprache-mit-dem-bundesrat-die-gewerkschaften-drohen-den-tisch-zu-verlassen-ld.1822567) abgerufen

swissinfo.ch. (26. Mai 2021). Schweizer Regierung bricht Verhandlungen mit EU ab. Von <https://www.swissinfo.ch/ger/wirtschaft/schweizer-regierung-bricht-verhandlungen-mit-eu-ab/46651900> abgerufen

swissinfo.ch. (26. Mai 2021). Schweizer Regierung bricht Verhandlungen mit EU ab. Von <https://www.swissinfo.ch/ger/wirtschaft/schweizer-regierung-bricht-verhandlungen-mit-eu-ab/46651900> abgerufen

swissinfo.ch. (26. Mai 2021). Schweizer Regierung bricht Verhandlungen mit EU ab. Von <https://www.swissinfo.ch/ger/wirtschaft/schweizer-regierung-bricht-verhandlungen-mit-eu-ab/46651900> abgerufen

swissinfo.ch. (26. Mai 2021). Schweizer Regierung bricht Verhandlungen mit EU ab. Von <https://www.swissinfo.ch/ger/wirtschaft/schweizer-regierung-bricht-verhandlungen-mit-eu-ab/46651900> abgerufen

Begründung 27.03.2024: Im Vorstosstext erhalten.

Unterschriften: 1. Philippe Ruf, 2. Christine Rütli, 3. Andrea Meppiel, Johannes Brons, Roberto Conti, Markus Dick, Tobias Fischer, Walter Gurtner, Sibylle Jeker, Kevin Kunz, Beat Künzli, Adrian Läng, Jennifer Rohr, Werner Ruchti, Thomas Wenger (15)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

I 047/2024 (VWD)

Interpellation Fraktion SVP: Auswirkungen des «Common Understanding» (Gemeinsame Verständigung) zwischen der Europäischen Union (EU) und dem Bundesrat auf den Kanton Solothurn (27.03.2024)

Gemäss Ziff. 17 des Vertragsentwurfes zum «Common Understanding» zwischen der EU und dem Bundesrat (Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten [EDA], 2023, S. 11) sind die Europäische Kommission und die Schweiz bestrebt, gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen schweizerischen und EU-Unternehmen sicherzustellen. Staatliche Beihilfen sollen überprüft und eigene Überwachungsmaßnahmen zur gerichtlichen Durchsetzung der gleichen Wettbewerbsbedingungen eingeführt werden. Gemäss Aussage des Bundes unterstützt die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) die entsprechenden Verhandlungen auch in jenem Punkt. In der Antwort der KdK wird folgendes festgehalten: «Zudem wird befürwortet, dass die Überwachung der staatlichen Beihilferegeln sowie die Umsetzung und Auslegung der Abkommen über ein Zwei-Pfeiler-Modell erfolgen sollen» (EDA, 2024, S. 8). In diesem Zusammenhang bittet die SVP des Kantons Solothurn den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Könnten Unterstützungen, wie sie beispielsweise in den Solothurner Tageszeitungen beschrieben (CH Media, 2024) und im März 2024 seitens Solothurner Vertreter und Vertreterinnen in Bern gefordert wurden, überhaupt in Betracht gezogen werden, wenn das beabsichtigte «Common Understanding» berücksichtigt würde?
2. Gemäss Ziff. 17 wird festgehalten: «The review of any State aid should, within the scope described above, be based on substantive and procedural rules equivalent to the ones applied within the EU» (EDA, 2023, S. 11). Bedeutet dies, dass keine kantonalen, autonomen Erwägungen zur

Hilfe mehr in Betracht gezogen werden könnten? Wäre es daher zeitlich und vertragsrechtlich realistisch, dass wie unter Frage 1 beschriebene Hilfeleistungen für unsere Solothurner Wirtschaft möglich wären?

3. Wie beurteilt der Regierungsrat die Auswirkung dieser Bestimmung beispielsweise auf die kantonale Wirtschaftsförderung?
4. Wie beurteilt der Regierungsrat die Auswirkungen dieser Bestimmung auf die Solothurnische Gebäudeversicherung? Und/oder die Solothurner Spitäler AG?
5. Wie beurteilt der Regierungsrat die Auswirkungen dieser Bestimmung auf die kommunalen Energieversorger?

Literaturverzeichnis

CH Media. (16. März 2024). Krise bei Stahl Gerlafingen: Kanton Solothurn sagt bereits Unterstützung zu – und wendet einen Trick an. Oltner Tagblatt.

EDA. (2023). Common Understanding. Brussels/Bern: European Commission/EDA.

EDA. (2024). Bericht über die Ergebnisse der Konsultation zum Entwurf eines Verhandlungsmandats zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über die Stabilisierung und Weiterentwicklung ihrer Beziehungen. Bern: Schweizerische Eidgenossenschaft.

Begründung 27.03.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Christine Rütli, 2. Philippe Ruf, 3. Andrea Meppiel, Johannes Brons, Roberto Conti, Markus Dick, Tobias Fischer, Walter Gurtner, Sibylle Jeker, Beat Künzli, Adrian Läng, Jennifer Rohr, Werner Ruchti, Silvia Stöckli (14)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

I 048/2024 (DDI)

Interpellation Melina Aletti (Junge SP, Olten): Bedrohung durch neue rechtsextreme Gruppierungen (27.03.2024)

Am 19. November 2023 kam es in Solothurn zu einem Aufmarsch der sogenannten Jungen Tat, einer rechtsextremen Gruppierung, die auf der Treppe vor der Kathedrale mit Transparenten und Feuerwerk ihr dreijähriges Bestehen feierte. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen waren verummmt und verschwanden, bevor die Polizei – die offensichtlich nicht informiert war – eintraf. Nicht nur in Solothurn sind sie aktiv, in der Region Olten, insbesondere an der Kantonsschule, tauchen immer wieder Aufkleber dieser Gruppierung auf. Im März 2023 besetzte sie das Gelände vor dem Regierungsgebäude im benachbarten Aarau.

Die Junge Tat ist fremdenfeindlich; sie folgt einer Ideologie der ethnischen Säuberung. Sie stellt sich damit gegen eine offene Gesellschaft, wie sie in der Schweiz üblich ist, und muss deshalb auch als staatsfeindlich betrachtet werden. Auf der Webseite der Gruppierung trifft man zuallererst auf ein verummmtes Gesicht und findet schnell Informationen zu Kampftrainings; deutliche Anzeichen für Gewaltbereitschaft. Der Gründer ist wegen Rassendiskriminierung vorbestraft. Zudem pflegt die Junge Tat Kontakte zu rechtsextremen Gruppierungen in anderen europäischen Ländern.

Die Polizeibehörde der Europäischen Union (EU) Europol warnte letztes Jahr vor neuen, vordergründig harmlosen Kommunikationsstrategien rechtsextremer Kreise.¹ Die Gruppierung ist auf dem Radar des Nachrichtendienstes des Bundes und wird in seinem Lagebericht derzeit als einzige rechtsextreme Organisation namentlich genannt. Sie nähert sich immer mehr etablierten Kreisen, in mehreren Kantonen bestehen Verbindungen zur SVP.² Insbesondere Teile der Jungen SVP sympathisieren zunehmend mit der Jungen Tat; nach dem Eingreifen der Aargauer Polizei bei einem Anlass der Jungen Tat gab es intern Solidaritätsbekundungen, bis hin zur Aussage: «Wir müssen ehrlich sein und anerkennen, dass die Junge Tat inhaltlich die exakt gleichen Inhalte anspricht wie wir.»³ Es ist also damit zu rechnen, dass die Gruppierung an Breite gewinnt und sich die Bedrohung so vergrössert.

Der Nachrichtendienst des Bundes stellte in den letzten Jahren zwar regelmässig die Bedrohung durch Linksextreme in den Vordergrund; die vorliegenden Medienberichte lassen jedoch den Schluss zu, dass zumindest in unserer Region nur Rechtsextreme aktiv sind.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Gruppierungen im Kanton, die offen rassistisches Gedankengut vertreten, sind der Regierung bekannt?
2. Was gedenkt die Regierung zu unternehmen, um Aufmärsche wie am 19.11.2023 in Zukunft zu verhindern?
3. Hat die Regierung Kenntnis von extremen Gruppierungen mit Gewaltbereitschaft gegen Personen im Kanton?
4. Wie schätzt die Regierung die Bedrohung durch solche Gruppierungen ein?

1 <https://www.nzz.ch/schweiz/wie-sich-die-junge-tat-als-rechtsextreme-kraft-positionieren-will-europol-warnt-vor-neuartiger-kommunikationsstrategie-ld.1713554>

2 <https://www.nzz.ch/zuerich/rechtsextreme-am-buurezmorge-junge-tat-sucht-naehe-zur-svp-ld.1758194>

3 <https://www.nzz.ch/schweiz/whatsapp-chats-zeigen-so-nahe-steht-die-junge-svp-der-jungen-tat-ld.1823328?mktcid=sms&mktcval=WhatsApp>

Begründung 27.03.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Melina Aletti, 2. Angela Petiti, 3. Karin Kälin, Markus Ammann, Matthias Andereg, Remo Bill, Simon Esslinger, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Philipp Heri, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Franziska Rohner, John Steggerda, Luzia Stocker, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (17)

Stellungnahme RR: 23.04.2024 (schriftlich)

I 054/2024 (DDI)

Interpellation Fraktion FDP.Die Liberalen: Vollzug der einschlägigen Ausländer- und Asylgesetzgebung (27.03.2024)

Aufbauend auf die Kleine Anfrage K 0008/2024 «Kleine Anfrage David Häner (FDP.Die Liberalen, Breitenbach): System zur Auszahlung von Sozial-/Nothilfeleistungen» stellen sich weitere Fragen im Zusammenhang mit dem Asylwesen im Kanton Solothurn. Einerseits zeigt sich die Problematik mit kriminellen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern aktuell deutlich, was die Bevölkerung sehr beunruhigt. Andererseits scheinen schnelle Asylverfahren bzw. der rasche Vollzug von Wegweisungen nach einem negativen Asylentscheid immer noch nicht umsetzbar.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie werden sich die Asylzahlen im Kanton Solothurn in den nächsten zwei Jahren schätzungsweise entwickeln?
2. Aus welchen Ländern kommen Asylsuchende im Kanton Solothurn hauptsächlich? Wie hoch ist die Quote der positiven Asylentscheide?
3. Welches sind derzeit die grössten kantonalen Herausforderungen/Probleme im Zusammenhang mit dem Asylverfahren? Welche Anpassungen sind auf Kantons- und/oder Bundesebene erforderlich?
4. Wie hoch ist der Anteil der Asylverfahren, die innerhalb von 180 Tagen abgeschlossen sind? Welche Anstrengungen unternimmt der Bund, um die Verfahren zu beschleunigen und Pendenzen abzubauen?
5. Wie stellt sich die Regierung zum Vorschlag von Bundesrat Beat Jans, 24-Stunden-Verfahren einzuführen?
6. Ist die Regierung generell mit der Handhabung des Asylwesens durch den Bund zufrieden? Welche Anpassungen wären erforderlich?

7. Welche Probleme stellen sich im Zusammenhang mit dem Schutzstatus S? Sind Missbrauchsfälle im Kanton Solothurn bekannt? Wie hoch ist die Quote der arbeitstätigen Personen mit Schutzstatus S? Wie hoch ist die Sozialhilfequote bei diesen Personen?
8. Wie hoch ist der Anteil von Asylsuchenden, die nach einer negativen Entscheidung den Kanton Solothurn nicht verlassen? Welche Kosten verursachen diese Personen jährlich?
9. Wie geht der Kanton Solothurn gegen kriminelle Asylbewerber und Asylbewerberinnen vor? Wie lange dauern solche Strafverfahren durchschnittlich?
10. Reichen die Rechtsgrundlagen für die Inhaftierung und Ausschaffung von kriminellen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern aus bzw. sieht die Regierung des Kantons Solothurn eine Notwendigkeit, auf Bundesebene eine entsprechende Anpassung der Rechtsgrundlagen zu fordern?
11. Wie gut gelingt im Kanton Solothurn die Integration von Personen mit einem positiven Asylentscheid in den Arbeitsmarkt? Wie hoch ist die Quote der Sozialhilfeabhängigkeit bei diesen Personen? Welche jährlichen Kosten verursacht dies?

Begründung 27.03.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. David Häner, 2. Sabrina Weisskopf, 3. Hansueli Wyss, Richard Aschberger, Johanna Bartholdi, Samuel Beer, Hubert Bläsi, Matthias Borner, Daniel Cartier, Markus Dietschi, Christian Ginsig, Walter Gurtner, Christian Herzog, Nicole Hirt, Freddy Kreuchi, Michael Kummli, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Manuela Misteli, Stefan Nünlist, Daniel Probst, Werner Ruchti, Martin Rufer, Markus Spielmann, Christian Thalman, Thomas Wenger, Mark Winkler, André Wyss (28)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

I 057/2024 (BJD)

Interpellation Urs Huber (SP, Obergösgen): Cargo sous terrain: Tempo um jeden Preis oder Sorgfalt und echte Mitwirkung? (27.03.2024)

Das Projekt Cargo sous terrain (CST) nimmt planerisch immer mehr Gestalt an. Auf Bundesebene erfolgt gerade die Anhörung zum Sachplan Verkehr, Teil Unterirdischer Güterverkehr und auf Kantonsebene hat die Anhörung zur geplanten Richtplananpassung stattgefunden. Aktuell werden auf allen Ebenen, teilweise mit parallelen Verfahren im Eilzugtempo Kantone und Gemeinden mit verschiedenen Plänen konfrontiert. Diese Woche äusserten sich Vertreter und Vertreterinnen von CST dazu, ja, das sei schon speziell. Fraglich ist dabei, ob so die betroffene Bevölkerung überhaupt eine Möglichkeit bekommt, sich zu diesen Plänen angemessen äussern zu können. Und dies alles trotz vielen gewichtigen Fragen zu Cargo sous terrain, die bis heute offen sind.

Auf die Frage, warum denn die private Firma CST schneller planen können sollte als andere, antwortete der Verantwortliche von Cargo sous terrain im SRF am 22. März 2024, sie bräuchten schnelle Entscheide, damit sie Investoren bekommen. Man bekam den Eindruck, alle Stellen sollten sich prioritär um CST-Pläne kümmern und die restliche Arbeit hintenanstellen. Dies irritiert. Es handelt sich bei dieser Thematik nicht um eine Notlagen-Situation.

Von den einen als Allheilmittel für den Gütertransport angepriesen, für die anderen als Illusion wahrgenommen, die früher oder später platzen wird. So oder so muss eine sorgfältige Planung stattfinden. In diesem Kontext stellen wir der Regierung folgende Fragen:

1. In verschiedenen Dokumenten sowie in Aussagen der von Cargo sous terrain zuständigen Personen sind Erwartungen bezüglich Tempo und Abwicklung der Verfahren vorhanden. Wie ist die Einschätzung aus kantonaler Sicht? Mit welchen Aufwendungen der Gemeinden sowie der kantonalen Ämter in welcher Zeit ist zu rechnen? Können die Vorstellungen von Cargo sous terrain überhaupt eingehalten werden? Muss die Bearbeitung anderer Projekte des Kantons sowie der Gemeinden mangels Ressourcen deshalb zurückgestellt werden?

2. Wurden im bisherigen Vorgehen die von Cargo sous terrain eingereichten Pläne und Vorstellungen eins zu eins in die verschiedenen Verfahren eingegeben oder schon vorgängig geprüft?
3. Seit Beginn der Idee Cargo sous terrain ist die Grundwasserproblematik umstritten. Bis heute sind viele Wasserverantwortliche in den betroffenen Gemeinden und bei den Wasserversorgern besorgt, welche Folgen der unterirdische Bau sowie die neue Infrastruktur auf Wasserströme und Wasserqualität haben werden. CST lässt dahingehend verlauten, man umfahre die Wasserströme einfach. So einfach wird es wohl nicht sein. Welche Abklärungen wurden vom Kanton dahingehend bereits getroffen? Welche Bedingungen müssen wann erfüllt werden? Wie garantiert der Kanton, dass keine Probleme auftreten werden? Wie werden die betroffenen Gemeinden sowie die Wasserversorger in diesen Prozess miteinbezogen?
4. Grundsätzlich stellt sich die Frage: was ist, wenn dem Projekt, wie die meisten unabhängigen Experten und Expertinnen sowie Logistiker und Logistikerinnen erwarten, mal einfach «die Puste ausgeht»? CST ist eine 100 % private Firma, da besteht die Gefahr, das Recht, die Möglichkeit, den Betrieb jederzeit zu schliessen. Wer zahlt dann den Rückbau der bereits gebauten Infrastrukturanlagen (z.B. betreffend Dulliken)? Was passiert mit einer Gross-Deponie auf halber Strecke? Wer baut die geplante 2.5 km Transportanlage ins Rütitälì zurück? Verlangt der Bund, der Kanton von der Firma eine Sicherheit für diesen Fall? Auch für andere Standorte?
5. Nach den bisher bekannten Plänen würden alleine zwischen Wangen und Oensingen eine Fläche von ca. zwölf Fussballfeldern für die Pläne von CST benötigt. Wie sieht dadurch der Verlust an Fruchtfolgeflächen aus? Sind die bundeseigenen Richtlinien zu den Fruchtfolgeflächen noch einhaltbar?
6. Der Firma CST wurden vom Gesetzgeber umfassende Sonderrechte gegeben, erstaunlich für eine Firma mit keinerlei staatlichem Hintergrund. Insbesondere existieren sogar Enteignungsrechte. Welche Instanz würde eine solche Enteignung durchführen (z.B. im Fall des Dulliker Rütitälì)? Wie würde der Ablauf dieses Verfahrens aussehen und welches wären hierzu die Rechte der betroffenen Gemeinden sowie der Anwohner und Anwohnerinnen?
7. Es ist auch denkbar, dass CST auf kantonalen Grundstücken Bauten realisieren will. Welche Haltung würde der Kanton in solchen Fällen einnehmen? Er sollte ja als Eigentümer zuerst seine eigenen Interessen wahren, die müssen nicht zwingend mit denen der CST übereinstimmen. Welchen Einfluss auf solche Entscheide hätte der Kantonsrat? Wäre auch eine Enteignung des Kantons durch die CST denkbar und rechtlich möglich?

Begründung 27.03.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Urs Huber, 2. Stefan Hug, 3. John Steggerda, Melina Aletti, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Bürki, Janine Eggs, Simon Esslinger, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Patrick Friker, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, Kuno Gasser, Christian Ginsig, Simon Gomm, Walter Gurtner, Philipp Heri, Nicole Hirt, Karin Kälin, Susanne Koch Hauser, Michael Kummli, Edgar Kupper, Manuela Misteli, Georg Nussbaumer, Angela Petiti, Simone Rusterholz, Christof Schauwecker, Sarah Schreiber, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Nadine Vögeli, Bruno Vögtli, Susan von Sury-Thomas, Marie-Theres Widmer, André Wyss, Nicole Wyss (39)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

I 063/2024 (VWD)

Interpellation Fraktion FDP.Die Liberalen: Faire Strompreise für die Solothurner Wirtschaft und Bevölkerung (27.03.2024)

Der Regierungsrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie hoch sind die Strom- und Netzgebühren bei den im Kanton Solothurn tätigen Stromversorgern?
2. Wo stehen diese Preise im nationalen Vergleich?

3. Wie erklärt sich der Regierungsrat, dass im Kanton Solothurn die Preise für Strom so stark anstiegen und immer noch hoch sind, obwohl die Preise auf dem internationalen Markt längstens wieder gesunken sind und auf dem Gebiet des Kantons fast 20 % des Schweizer Stroms zu stets gleichen Kosten produziert werden?
4. Während die grossen Strombezügler ihren Strom auf dem freien Markt zu tiefen Preisen einkaufen können, sind kleine Gewerbebetriebe und Privathaushalte im Monopol gefangen. Ist der Regierungsrat bereit, sich für eine Öffnung des Strommarktes für alle einzusetzen?
5. Hält der Regierungsrat die Vielzahl der im Kanton tätigen, zum Teil sehr kleinen Energieversorgungsunternehmen für effizient und sieht er Potenziale für Effizienzverbesserungen?
6. Einige Stromproduzenten haben in den letzten Jahren sehr hohe Gewinne erwirtschaftet. Sieht der Regierungsrat eine Möglichkeit, z.B. durch eine Anbindung der Konzessionsabgaben an den Strompreis, diese Gewinne an die Kunden und Kundinnen sowie die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen zurückzuführen?
7. In welcher Art und Weise setzt sich der Kanton in der Energiedirektorenkonferenz für faire und korrekte Strompreise für die Solothurner Wirtschaft und Bevölkerung ein?

Begründung 27.03.2024: schriftlich.

KMU, Bürger und Bürgerinnen leiden unter den Erhöhungen administrierter Preise von Krankenkassen, Energie, Post und ÖV. Die Preissteigerungen treffen alle. Hohe Strompreise und hohe Netzegebühren stellen KMU, aber auch Grossunternehmen wie etwa in der Stahlindustrie vor existenzielle Herausforderungen und schwächen den Kanton Solothurn.

Es stellt sich die Frage, ob es auf Stufe Kanton Möglichkeiten gibt, auf tiefere Netzkosten für alle hinzuwirken und auch Endkunden und Endkundinnen zu tieferen Strompreisen zu verhelfen, so z.B. durch eine Öffnung des Strommarktes für Gewerbe und Privathaushalte.

Dass nur grosse Stromverbraucher ihren Stromlieferanten frei wählen können, ist eine unhaltbare Ungleichbehandlung und verzerrt den Wettbewerb. Während z.B. Grossbäckereien günstigen Strom haben, gehen Quartierbäckereien zu Grunde.

Unterschriften: 1. Stefan Nünlist, 2. Markus Spielmann, 3. Barbara Leibundgut, Hubert Bläsi, Daniel Cartier, Markus Dietschi, David Häner, Christian Herzog, Mark Winkler (9)

Stellungnahme RR: 23.04.2024 (schriftlich)

XI. Kleine Anfragen

K 026/2024 (FD)

Kleine Anfrage Samuel Beer (glp, Oberdorf): Beteiligungen des Kantons Solothurn (19.03.2024)

Gemäss Beteiligungsspiegel hält der Kanton Solothurn diverse Beteiligungen, diese werden im Verwaltungs- oder Finanzvermögen geführt. Es stellt sich die Frage, aus welchem Grund diese Beteiligungen durch den Kanton Solothurn gehalten werden und welche Auswirkungen dies hat.

Ich bitte den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welchen Sinn hat die jeweilige Beteiligung? Welchen Zweck verfolgt der Regierungsrat damit? (Bitte zu jeder Beteiligung die Begründung auflisten).
2. Welche Beteiligung ist von strategischer Bedeutung? Und aus welchem Grund?
3. Welche Beteiligungen sind einem Konkordatsvertrag, einer interkantonalen Vereinbarung oder sonstigen rechtlichen Vorgaben geschuldet?
4. Bitte bei Beteiligungen <10 % Stimmanteilen die wichtigen Gründe (gemäss Beteiligungsstrategie Kapitel 12.2.1, § 1, Abs. 7) je Beteiligung auflisten.
5. Bei welcher Beteiligung ist der Kanton Solothurn zugleich Leistungsbesteller?
6. Mit welcher Begründung werden welche Beteiligungen dem Verwaltungs- bzw. dem Finanzvermögen zugewiesen (z.B. Solothurnische landwirtschaftliche Kreditkasse Genossenschaft im Verwaltungsvermögen)?
7. Aus welchen Beteiligungen ist heute und in Zukunft mit einem Finanzertrag zu rechnen?
8. Wie wird bei Beteiligungen sichergestellt, dass die vom Kanton gestellten VR-Mitglieder auch die kantonalen Interessen vertreten? Funktioniert das in der Praxis?
9. Gibt es weitere Beteiligungen des Kanton Solothurn, welche nicht auf dem Beteiligungsspiegel aufgelistet sind?
10. Im 2023 wurde die Beteiligungsstrategie überarbeitet und dabei in Kapitel 12.2.1, § 2, Abs. 3 die Überprüfung der Beteiligungen von «alljährlich» auf «nach Bedarf» abgeschwächt. Wieso diese Änderung? Und wurden diese Überprüfungen bis 2023 konsequent durchgeführt und dokumentiert? Falls nein, welche nicht?
11. Sieht der Regierungsrat Handlungsbedarf im Umgang mit den Beteiligungen (Erhöhung, Reduktion, Veräusserung)?

Begründung 19.03.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Samuel Beer, 2. Christian Thalmann, 3. Thomas Lüthi, Richard Aschberger, Matthias Borner, Patrick Friker, Daniel Probst, Jonas Walther (8)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 028/2024 (BJD)

Kleine Anfrage Thomas Lüthi (glp, Hägendorf): Gülletransport und Gewässerschutz (19.03.2024)

Beim Transport von Gülle kommt es leider immer wieder zu Unfällen, die zu erheblichen Verschmutzungen von Kleingewässern führen. Ein aktuelles Beispiel ereignete sich Anfang März im Thal. Solche unerwünschten Verschmutzungen haben verheerende Auswirkungen auf die Gewässerökologie, insbesondere auf die Fischpopulationen, und können zu langfristigen Beeinträchtigungen des gesamten Ökosystems führen. Die Regeneration der betroffenen Gewässerabschnitte kann Monate bis Jahre in Anspruch nehmen. Gerade in Fällen wie Welschenrohr, wo ein biologisch weitgehend intakter Abschnitt im Oberlauf der Dünnern betroffen war, sind die Folgen für Natur und Umwelt besonders dramatisch.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Regierung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche spezifischen Vorschriften gelten im Kanton Solothurn für den Transport von Gülle mit Schläuchen, wenn eine Beeinträchtigung von Gewässern droht?
2. Falls solche Vorschriften bestehen, wer ist für deren Durchsetzung und Überwachung zuständig?
3. Welche technischen oder ordnungsrechtlichen Möglichkeiten stehen zur Verfügung, um Unfälle beim Gülletransport in Gewässernähe zu verhindern?

Begründung 19.03.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Thomas Lüthi, 2. David Gerke

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 033/2024 (KR)

Kleine Anfrage Fraktion FDP.Die Liberalen: Kompetenzen und Funktionsweise der Geschäftsprüfungskommission (GPK) (20.03.2024)

Die Ratsleitung wird gebeten, die nachfolgenden Fragen zu prüfen:

1. Im Pflichtenheft der GPK vom 4. Dezember 1991 (Stand 1. Januar 2001) wird die GPK beauftragt, den Geschäftsbericht der Solothurnischen Gebäudeversicherung (SGV) zu prüfen. Nicht erwähnt sind z.B. die Solothurner Spitäler AG (soH) als grösste 100 % Tochter des Kantons oder die Ausgleichskasse des Kantons Solothurn (AKSO). Wäre es nicht im Sinne der Sache, dass der GPK die parlamentarische Kontrolle über alle Beteiligungen des Kantons zugewiesen wird?
2. Besitzen die GPKs anderer Kantone und des Bundes im Vergleich zu Solothurn zusätzliche Kompetenzen und Instrumente, unter anderem auch finanzielle Kompetenzen, um ihren gesetzlichen Verantwortungen nachzukommen?
3. Wie lassen sich die Untersuchungen beschleunigen, so dass Sachverhalte innert Tagen und Wochen abgeklärt werden können?
4. Wie kann sichergestellt werden, dass sich Mitarbeitende im Fall von beobachteten Missständen an die GPK wenden können, ohne mit Nachteilen rechnen zu müssen oder sich gar der Strafverfolgung auszusetzen?
5. Ist die Ratsleitung bereit, die notwendigen Reformen der Grundlagen der GPK zügig an die Hand zu nehmen, die GPK zu stärken und eine effiziente und effektive Ausübung der Aufsichtspflicht und Geschäftsprüfung zu ermöglichen?

Begründung 20.03.2024: schriftlich.

Trägerinnen öffentlicher Aufgaben wie soH, AKSO und SGV sowie Betriebe mit Staatsbeteiligung machen mit medialem Paukenschlag auf sich aufmerksam. Die Vorfälle der letzten Jahre verdeutlichen, wie beschränkt die Einsichts- und Wirkungsmöglichkeiten unserer kantonsrätlichen GPK sind. Obwohl die GPK sowohl rund um die aktuellen Vorfälle bei AKSO, SGV und soH punktuell aktiv war, konnte sie nur unzureichend ihrer Verantwortung der nach Artikel 85 der Kantonsverfassung (vgl. KRG § 46) nachkommen und für Transparenz und Vertrauen sorgen. Die Prüfungen sind langatmig, mit wenig vertieften Einblicken und Erkenntnissen. Besorgte Mitarbeitende der Verwaltung müssen gar mit Strafverfahren rechnen. Die GPK verfügt über wenige Kompetenzen. Sie muss jeweils von ihrem Informationsrecht Gebrauch machen und ergänzende Berichte und Unterlagen anfordern. Dies setzt voraus, dass sie überhaupt von Missständen Kenntnis hat. Es fehlt die vollumfängliche Akteneinsicht. So hat die GPK z.B. keinen Zugriff auf die Protokolle der Sachkommissionen. Auch kann die GPK Sachbearbeitende der Verwaltung nur im Einvernehmen mit der Departementsleitung befragen. Mit der heutigen Praxis und dem zur Verfügung stehenden Instrumentarium kann die GPK ihrer gesetzlichen Oberaufsicht über die Geschäftsführung der gesamten Verwal-

tung, einschliesslich der andern Träger öffentlicher Aufgaben nur ungenügend nachkommen und dem Parlament weder sach- noch zeitgerecht Lösungen vorschlagen.

Unterschriften: 1. Manuela Misteli, 2. Stefan Nünlist, 3. Markus Spielmann, Johanna Bartholdi, Hubert Bläsi, Daniel Cartier, Markus Dietschi, Thomas Fürst, David Häner, Christian Herzog, Freddy Kreuchi, Michael Kummli, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Daniel Probst, Martin Rufer, Christian Thalmann, Sabrina Weisskopf, Mark Winkler, Hansueli Wyss (20)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 045/2024 (DDI)

Kleine Anfrage Matthias Borner (SVP, Olten): Wo kommen diese hohen Kosten der Überprüfung und Planung der Aufgabenkonzentration der Oberämter her? (27.03.2024)

In der zurückgezogenen Interpellation I 0171/2023 «Interpellation Daniel Urech (Grüne, Dornach): Oberamt ohne Vorsteher oder Vorsteherin?» fielen mir bei Frage zwei die sehr hohen Kosten dieser Überprüfung auf. Bei der Überprüfung ging es um vier Oberämter, wobei man die Führung künftig an zwei Standorten (Olten und Solothurn) ansiedeln möchte. Daher scheinen mir die unterschiedlichen Varianten etwas begrenzt. Dazu erlaube ich mir, ein paar Fragen zu stellen:

1. Wie setzen sich die 135'000 Franken zusammen? Bitte so detailliert wie möglich.
2. Wie ist es möglich, auf einen so hohen Betrag zu kommen? Gab der Regierungsrat ein Kostendach vor?
3. Wie viel hat man durch die Massnahmen gespart?
4. Gibt es noch weitere Kosten in diesem Projekt neben den erwähnten 135'000 Franken?
5. Wie beurteilt der Regierungsrat hier das Kosten-Nutzen-Verhältnis?

Begründung 27.03.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Matthias Borner, 2. Richard Aschberger, 3. Andrea Meppiel, Johannes Brons, Roberto Conti, Walter Gurtner, Sibylle Jeker, Beat Künzli, Christine Rütli, Silvia Stöckli (10)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 049/2024 (BJD)

Kleine Anfrage Mark Winkler (FDP.Die Liberalen, Witterswil): Anschluss Dornach N 18 – Varianten Birsquerung (27.03.2024)

Der Bedarf für eine zusätzliche Querung über die Birs zwischen Aesch (BL) und Dornach (SO) ist unbestritten; seit Anfang der Nuller-Jahre wird an diesem Projekt gearbeitet. Mit einer neuen Birsquerung sollen die folgenden Ziele erreicht werden: a) die Entlastung des Dorfkerns Dornachbrugg mit einer aktuellen Belastung von 17'000 Fahrzeugen/Tag durch Ableitung eines Teils dieses Verkehrsstroms über die neue Birsbrücke, b) Entlastung der Hauptstrasse in Aesch durch die Ableitung des LKW-Verkehrs aus der Industriestrasse Aesch direkt über die neue Birsbrücke und c) die Anbindung von Dornach (insbesondere auch die geplante Arealentwicklung der alten Metallwerke Dornach) an den neuen Vollanschluss Aesch an die A18. Der Verkehr im Raum Dornachbrugg wird nach dem Bezug der ca. 260 Wohnungen im Stöcklin-Areal (Aesch/Reinach) nochmals spürbar zunehmen.

Aus anfänglich sieben möglichen Linienführungen für die neue Birsquerung haben sich die Kantone Basel-Landschaft und Solothurn aus drei verbleibenden Optionen auf die Variante «Mitte» geeinigt – zusammen mit den Gemeinden Aesch und Dornach. Ca. 2010 fand also die Einigung der betroffenen Gemeinden und Kantone statt – Variante «Mitte» ist die Lösung. Diese Variante bedeutet die direkteste Linie zwischen den beiden Anknüpfungspunkten westlich und östlich der Birs, die ver-

kehrlich beste, kostengünstigste und aufgrund der kürzesten Linienführung auch die ökologischste Lösung; und zwar sowohl für den Bau als auch für den Betrieb der Strasse. Für die Variante «Mitte» wurde ein Vorprojekt entwickelt und dieses auch beim Agglomerationsprogramm (3. Generation) angemeldet – und auch bewilligt (28 Mio. Franken).

Mit der Neubesetzung der Position des Dornacher Gemeindepräsidenten 2013 ist Dornach urplötzlich von der oben erwähnten Einigung abgewichen; die Variante «Mitte» sei nur drei Jahre nach der Einigung nicht mehr möglich – aus ökologischen Gründen. Der Auenwald würde nachhaltig beschädigt (obwohl auch eine grosszügige Aufforstung im Vorprojekt enthalten war). Auch der neue Gemeindepräsident, der 2021 ins Amt gewählt wurde, hat die neue Birsquerung nicht vorangetrieben – nach wie vor leiden die Gemeinden Aesch und insbesondere Dornach unter den grossen Verkehrsströmen. Anfangs 2022 wollte die Solothurner Baudirektion die Variante «Mitte» sogar aus dem Solothurner Richtplan streichen – nur dank grossem Widerstand von Aesch und Dornach inklusive Unterschriftensammlung konnte diese Streichung sistiert werden.

Die Suche nach der «magischen» Lösung wurde in der Folge neu gestartet (obwohl sich die beiden Gemeinden und die beiden Kantone vor wenigen Jahren auf eine gemeinsame Lösung geeinigt hatten). Ein Mitwirkungsverfahren – ohne aktuelle Vorlage – wurde lanciert, mit je 20 handverlesenen Delegierten aus beiden Gemeinden; einem Gremium ohne politische Kompetenzen; welches nichts entscheiden kann, schon gar nicht die definitive Linienführung. In diesem Mitwirkungsverfahren wurde mit fragwürdiger Methodik aus dem Blauen heraus die längst verworfene Variante «Süd» wieder ins Spiel gebracht – die Presse hat diese dann als «magische» Lösung angepriesen. Ideologisch begründet scheinen alle Varianten bevorzugt, welche die ursprüngliche Variante «Mitte» zu verhindern vermögen.

Gegen die Variante «Süd» sprechen jedoch mehrere gewichtige Argumente. a) Die Strecke ist etwa drei Mal so lang wie bei der Variante «Mitte». Damit würde die Variante «Süd» deutlich teurer als die Variante «Mitte». b) Die bestehenden Strassen im Gebiet «Weiden» in Aesch sind Gemeindestrassen von der Qualität einer Gewerbeerschliessung. Diese Strassen müssten zu Kantonsstrassen umgewidmet werden, auf welcher mehrere tausend Fahrzeuge zirkulieren. c) Mehrere Betriebe müssten wohl umgesiedelt werden, weil die Logistik auf den oben erwähnten Strecken nicht mehr möglich ist, insbesondere An- und Auslieferungen. d) Die Benutzerfreundlichkeit der langen Variante «Süd» ist nicht gegeben; und damit die verkehrliche Entlastung in Frage gestellt, speziell in Dornach. e) Mindestens eine Eigentümerschaft muss enteignet werden. f) Primeo AG will in Kürze ein Holzschnitzel-Kraftwerk bauen – ziemlich genau auf der Linie der Variante «Süd». Mit zahlreichen Anlieferungen von Holzschnitzeln per LKW – wöchentlich. g) Auch bei der Variante «Süd» müssen zahlreiche Bäume gefällt werden; fast in gleicher Anzahl wie bei der Variante «Mitte».

Vor diesem Hintergrund stelle ich der Regierung die folgenden Fragen:

1. Wie lautet das Ergebnis der sachlichen Evaluation der Regierung der beiden Varianten «Mitte» versus «Süd»? Dabei besteht die Erwartung einer sauberen Entscheidungsanalyse für Investitionen mit einer vollständigen Liste von Kriterien und einer realistischen Bewertung und Gewichtung der einzelnen Kriterien.
2. Wie stimmt sich die Regierung mit dem Kanton Basel-Landschaft und den beiden Gemeinden Aesch und Dornach ab?
3. Wie stellt die Regierung sicher, dass nicht eine einzige Einheit von vier Körperschaften mit einem einzigen Argument die Entscheidungsfindung blockieren kann (Dornach)?
4. Wie stellt die Regierung sicher, dass die Variante «Mitte» im kantonalen Richtplan bleibt?

Begründung 27.03.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Mark Winkler, 2. Christian Thalmann, 3. David Häner, Johanna Bartholdi, Hubert-Bläsi, Roberto Conti, Markus Dietschi, Kuno Gasser, Christian Herzog, Sibylle Jeker, Freddy Kreuchi, Michael Kumpli, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Andrea Meppiel, Martin Rufer, Bruno Vögtli (17)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 050/2024 (DDI)

Kleine Anfrage Fraktion FDP.Die Liberalen: Folgen der Prämien-Entlastungs-Initiative auf den Kanton Solothurn (27.03.2024)

Der Regierungsrat wird gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie viel zahlen der Bund (anteilig) und der Kanton Solothurn heute an Prämienverbilligungen?
2. Wie viel müssen der Bund (anteilig) und der Kanton Solothurn bei Annahme der Prämien-Entlastungs-Initiative an Prämienverbilligungen neu jährlich zahlen?
3. Wie viel müssen der Bund (anteilig) und der Kanton Solothurn bei Annahme des Gegenvorschlags der Prämien-Entlastungs-Initiative an Prämienverbilligungen neu jährlich zahlen?
4. Wie hoch sind die Gesundheitskosten für den Kanton Solothurn (Spitalbehandlungen gemäss Bundesgesetz über die Krankenversicherung [KVG] + Prämienverbilligungen Bund [anteilig] und Kanton) im Total und in Relation zu den Staatssteuererträgen der natürlichen Personen?
5. Wie lange reicht das Eigenkapital des Kantons Solothurn noch aus, wenn auf Basis der Zahlen des Integrierten Aufgaben- und Finanzplans (IAFP) 2025-2028 die Mehrkosten bei einer allfälligen Annahme der Prämien-Entlastungs-Initiative ab dem Jahr 2026 aufgerechnet werden?
6. Welche kantonalen Leistungen und Aufgaben gedenkt der Regierungsrat bei einer allfälligen Annahme der Prämien-Entlastungs-Initiative abzubauen?
7. Müssen bei einer allfälligen Annahme der Prämien-Entlastungs-Initiative aufgrund der finanziellen Lage des Kantons Solothurn die Steuern erhöht werden?
8. Aufgrund der finanziellen Folgen bei einer Annahme der Prämien-Entlastungs-Initiative: Empfiehlt der Regierungsrat eine Annahme oder Ablehnung der Prämien-Entlastungs-Initiative?

Begründung 27.03.2024: schriftlich.

Am 9. Juni entscheidet die Schweizer Bevölkerung über die Volksinitiative «Maximal 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien». Die Prämien-Entlastungs-Initiative der SP und der Gewerkschaften fordert, dass niemand mehr als 10 % seines verfügbaren Haushaltseinkommens für die Prämien der obligatorischen Krankenversicherung bezahlen muss. Dazu sollen Bund und Kanton mehr Geld bereitstellen.

Gemäss der Initiative soll der Bund mindestens zwei Drittel der Kosten tragen, die Kantone den Rest. Der vom Parlament beschlossene Gegenvorschlag kostet den Bund nichts, geht deutlich weniger weit und sieht vor, dass die Kantone neu abhängig von der Prämienlast zwischen 3,7 % und 7,5 % der kantonalen Bruttokosten der obligatorischen Krankenversicherung für die Prämienverbilligung aufwenden.

Der Kanton Solothurn veranschlagt im Jahr 2024 ein Defizit von 112 Mio. Franken. Das Eigenkapital beträgt rund 670 Mio. Franken. Der Regierungsrat erarbeitet zurzeit einen Massnahmenplan, der seine Wirkung – wenn überhaupt – erst in ein paar Jahren entfalten kann. Die Bevölkerung des Kantons Solothurn muss wissen, auf was sie sich bei einer allfälligen Annahme der Prämien-Entlastungs-Initiative einlässt.

Unterschriften: 1. Daniel Probst, 2. Stefan Nünlist, 3. Markus Spielmann, Johanna Bartholdi, Hubert Bläsi, Daniel Cartier, Markus Dietschi, David Häner, Christian Herzog, Freddy Kreuchi, Michael Kummli, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Manuela Misteli, Martin Rufer, Christian Thalman, Sabrina Weisskopf, Mark Winkler, Hansueli Wyss (19)

Stellungnahme RR: 23.04.2024 (schriftlich)

K 051/2024 (DDI)

Kleine Anfrage Fraktion SVP: Asylchaos – wie sehen die aktuellen Zahlen aus? (27.03.2024)

Die Schweiz und Europa befinden sich in einer Asylkrise – unabhängig davon, ob man den Zustrom von Schutzbedürftigen aus der Ukraine berücksichtigt oder nicht. Im zweiten Jahr in Folge wurden mehr als 50'000 illegale Einwanderer und Einwanderinnen an den Grenzen aufgegriffen und das Asylbudget des Bundes ist von 1,5 auf 4 Milliarden Franken pro Jahr gestiegen. Dies dürfte im Kanton Solothurn ähnlich aussehen. Und wer einmal hier ist, kann kaum mehr in sein Herkunftsland zurückgeschafft werden, folglich ist davon auszugehen, dass diese Entwicklung der stets steigenden finanziellen Belastung weitergehen dürfte. Das ist zum Nachteil der Schweizer Bürger und Bürgerinnen, der Steuerzahler und Steuerzahlerinnen und der Kantone.

Um sich dieser Krise im Detail voll bewusst werden zu können, ist eine lokale Analyse wichtig. Nach Abschluss der Erstverfahren sind es nämlich die Kantone, welche schlussendlich die Last im Zusammenhang mit der Aufnahme von Migranten und Migrantinnen tragen. Insbesondere gibt es immer mehr Personen, die keinen Asylgrund haben, aber nicht abgeschoben werden können.

Wir bitten den Regierungsrat daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Personen beschäftigt das zuständige Amt des Kantons Solothurn aktuell (Anzahl Stellen und Vollzeitäquivalente) und wie war die Entwicklung in den letzten drei Jahren (2021-2023)?
2. Wie hoch waren die kantonalen Kosten im Asylbereich in den vergangenen drei Jahren im Jahresvergleich (2021-2023) und mit welchen Ausgaben wird im laufenden Jahr gerechnet? Dabei sind nebst allen direkten vor allem auch die indirekten Kosten (Amt für Gesellschaft und Soziales [AGS], ORS, externe Dienstleister, Hilfsorganisationen usw.) aufzuschlüsseln, darunter insbesondere die Kosten für soziale Einrichtungen, Personal, Infrastruktur, Begleitung, Übersetzungen, Prämienverbilligungen und alle anderen relevanten Kosten, unabhängig davon, ob sie durch die Bundeshilfe gedeckt sind oder nicht.

Begründung 27.03.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Thomas von Arx, 2. Beat Künzli (2)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 052/2024 (BJD)

Kleine Anfrage Janine Eggs (Grüne, Dornach): Fahrgemeinschaften fördern (27.03.2024)

Auf unseren Strassen kommt es oft zu Staubildung, obwohl die Strasseninfrastruktur bereits viel Fläche benötigt und laufend ausgebaut wird. Einer der Gründe für das hohe Aufkommen des motorisierten Individualverkehrs (MIV) ist die geringe Belegungsdichte der Autos (durchschnittlich nur 1.1 Personen pro Fahrzeug). Würden vermehrt Fahrgemeinschaften gebildet, würde sich die Anzahl Fahrten reduzieren, weniger Stau entstehen, würden geringere Mengen CO₂ ausgestossen und weniger Strassen und Parkplätze (aus-)gebaut werden müssen. Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten, Fahrgemeinschaften zu fördern. Der Bundesrat hat im Sommer 2022 ein Verkehrsschild für Carpooling geschaffen. Mit diesem sollen Fahrgemeinschaften Sonderrechte erhalten, indem bestimmte Fahrspuren oder Parkplätze neu nur noch von Autos mit einer bestimmten Mindestanzahl von Mitfahrenden genutzt werden dürfen.

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass die geringe Belegungsdichte der Fahrzeuge einer der Gründe für das zu hohe MIV-Aufkommen ist?

2. Welche Möglichkeiten sieht die Regierung, Fahrgemeinschaften zu fördern und damit die Verkehrsüberlastung zu reduzieren?
3. Wird das Verkehrsschild «Carpooling» im Kanton Solothurn eingesetzt? Wo sieht die Regierung Möglichkeiten, diese Regelung umzusetzen?
4. Setzt sich die Regierung dafür ein, dass beim 6-Streifen-Ausbau zwischen Luterbach und Härkingen eine der Spuren nur für Fahrzeuge mit einer Mindestanzahl von Mitfahrenden genutzt werden darf?
5. Inwiefern können Anreize zum Carpooling einen Beitrag zur Reduktion des Ausweichverkehrs während des A1-Ausbaus beitragen?

Begründung 27.03.2024: Im Vorstosstext vorhanden.

Unterschriften: 1. Janine Eggs, 2. Christof Schauwecker, 3. Laura Gantenbein, Anna Engeler, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, David Gerke, Rebekka Matter-Linder, Daniel Urech (10)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 053/2024 (DBK)

Kleine Anfrage Silvia Fröhlicher (SP, Bellach): Anpassung der Stipendien an die Teuerung (27.03.2024)

Ist der Regierungsrat bereit, die Stipendien gemäss Gesetz über Ausbildungsbeiträge (BGS 419.11) an die aufgelaufene Teuerung auf den nächstmöglichen Zeitpunkt anzupassen?

Begründung 27.03.2024: schriftlich.

Gemäss § 9 Abs. 5 des Gesetzes über Ausbildungsbeiträge steht dem Regierungsrat die Kompetenz zu, bei einer Veränderung des Indexstandes um mehr als 5 Punkte (und nicht um 5 %), die Stipendien an die Teuerung anzupassen. Massgebend ist dabei der Landesindex der Konsumentenpreise. Bei Inkrafttreten dieser Bestimmung am 1. August 2008 betrug der Indexstand 103.9 (Basis Dezember 2005 = 100). Aktuell (Februar 2024) beträgt der Indexstand auf dieser Basis 109.5. Die gesetzlichen Anforderungen für einen Ausgleich der Teuerung wären damit erfüllt.

Darüber hinaus gibt es zusätzlich gute Gründe für einen Ausgleich der Teuerung bei den Stipendien:

- Die Ansätze für die Stipendien wurden seit mehr als 15 Jahren nicht mehr erhöht.
- Von der aktuellen Teuerung sind Personen mit tiefen Einkommen überdurchschnittlich betroffen. Studierende gehören in der Regel zu dieser Gruppe. Entscheidend ist dabei vor allem die Teuerung in jenen Bereichen, bei denen man kaum oder gar nicht ausweichen kann. So beträgt die Teuerung seit Dezember 2020 auf Nahrungsmittel allein 6 %, auf Wohnen und Energie 10,4 % und Verkehr 12,4 %. Die stark steigenden Krankenkassenprämien sind dabei noch gar nicht berücksichtigt.

Unterschriften: 1. Silvia Fröhlicher, 2. Tamara Mühlemann Vescovi, 3. Marlene Fischer, Melina Aletti, Matthias Anderegg, Remo Bill, Matthias Borner, Simon Bürki, Simon Esslinger, Myriam Frey Schär, Simon Gomm, Philipp Heri, Urs Huber, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Rebekka Matter-Linder, Georg Nussbaumer, Angela Petiti, Franziska Rohner, John Steggerda, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (25)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 058/2024 (DDI)

Kleine Anfrage Kuno Gasser (Die Mitte, Nunningen): Fragen zur Freitodorganisation Pegasos (27.03.2024)

Die Pegasos Swiss Stiftung hat im Weiler Roderis (Gemeinde Nunningen) eine Liegenschaft von 5'867m² mit einem Landgasthof und Gästehaus gekauft, um dort Freitodbegleitungen anzubieten. Nun hat ein Verein Pegasos (gegründet 2019 mit Sitz in Basel) im Roderis den Betrieb mit Freitodbegleitungen aufgenommen. Gemäss meinen Informationen wurden bisher nur Personen aus dem Ausland in den Tod begleitet. Der Verein macht im Ausland auch aktiv Werbung und rechnet pro Jahr mit ca. 300 Freitodbegleitungen.

Gemäss Webseite werden folgende Kosten in Rechnung gestellt:

Bewertungen und Verwaltung	CHF	3'000.00
Freitodbegleitung Termin, inkl. Arztbefunde	CHF	4'300.00
Bestattung	CHF	2'150.00
Verwaltung nach Freitodbegleitung	CHF	550.00
Totalkosten	CHF	10'000.00

Ich bitte den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Braucht es für den Betrieb einer Freitodorganisation eine Bewilligung?
2. Können dem Verein die anfallenden Kosten für die bei jedem Todesfall ausrückende Polizei, Staatsanwaltschaft und Rechtsmedizin in Rechnung gestellt werden oder übernimmt der Steuerzahler diese Kosten?
3. Wie hoch sind diese Kosten?
4. Kann man das aufwändige Vorgehen bei jeder Freitodbegleitung in Zukunft vereinfachen?

Begründung 27.03.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Kuno Gasser, 2. Bruno Vögtli, 3. Mark Winkler, Edgar Kupper, Christian Thalman (5)

Stellungnahme RR: 23.04.2024 (schriftlich)

K 059/2024 (BJD)

Kleine Anfrage fraktionsübergreifend: Jugendpolittag, Sicherheit auf kantonalen Landstrassen verbessern, insbesondere für Velofahrer und Velofahrerinnen, Mopeds und E-Scooter (27.03.2024)

Dieses Anliegen wurde anlässlich des letzten Jugendpolittags in einer Gruppe Jugendlicher thematisiert. Oft sind die Velos und deren Fahrer und Fahrerinnen von Jung bis Alt gefährdet, weil aufgrund fehlender Platzverhältnisse die Autos schnell und nahe vorbeifahren. Damit es weniger Unfälle gibt, braucht es separate Velowege. Die Jugendlichen haben Fragen ausgearbeitet und wollen von der Regierung wissen, was der Kanton diesbezüglich prüft oder bereits in die Wege geleitet hat.

Die Jugendlichen wollten dazu eine Interpellation einreichen. Da das Thema im Kantonsrat jedoch schon mehrfach behandelt wurde, haben wir den Jugendlichen empfohlen, via uns Kantonsräte und Kantonsrätinnen eine kleine Anfrage einzureichen.

Wir bitten den Regierungsrat darum höflich, die untenstehenden Fragen zu beantworten:

1. Welche Gesetze auf kantonal oder nationaler Ebene gibt es bereits, die den Ausbau von Velowegen fördern sollen oder gar vorschreiben? Wie sind diese diesbezüglich ausgestaltet?
2. Wo und wann sind die nächsten Kantonsstrassensanierungen mit neuen Velowegen geplant (integriert oder separate Linienführung)?

3. Welche Kriterien gibt es, die den Umfang und Inhalt von Sanierungsprojekten für Kantonsstrassen definieren? Werden Velowege dabei immer berücksichtigt oder gibt es auch Strassensanierungen, die keine Velowege beinhalten? Sind diese Kriterien verbindlich?
4. Wo gibt es in den letzten zehn Jahren sanierte Kantonsstrassen mit separatem Veloweg oder getrennt geführtem Velostreifen? Gibt es auch Sanierungen, die ohne Veloweg erfolgten? Wenn ja: welche und warum?
5. Wie wird die Bevölkerung auf neue Velowege aufmerksam gemacht?
6. Wie ist der Stand beim Projekt der überregionalen Velowege?

Begründung 27.03.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Johannes Brons, 2. Susanne Koch Hauser, 3. Georg Nussbaumer, Markus Ammann, Laura Gantenbein, Christian Ginsig, Philipp Heri, Nicole Hirt, Urs Huber, Stefan Hug, Rebekka Matter-Linder, Matthias Meier-Moreno, Tamara Mühlemann Vescovi, Daniel Nützi, Christine Rützi, John Steggerda, Mathias Stricker, Thomas Studer, Bruno Vögtli (19)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 062/2024 (DBK)

Kleine Anfrage Manuela Misteli (FDP.Die Liberalen, Biberist): Wie entwickeln wir die integrative Schule im Kanton Solothurn weiter? (27.03.2024)

Ich bitte die Regierung, folgende Fragen zur Schulentwicklung zu beantworten:

1. Wie will die Regierung die integrative Schule weiterentwickeln, um die Schüler und Schülerinnen gezielt zu fördern (auch die verhaltensunauffälligen) und der grossen Belastung von Lehr- und Fachpersonen sowie Schulleitungen entgegenzuwirken?
2. Wie wird der Aktionsplan Volksschule von den einzelnen Schulträgern umgesetzt? Wer koordiniert und beaufsichtigt die Umsetzung? Wie ist der Umsetzungsstand?
3. Gibt es zusätzliche Massnahmenpläne?
4. Wie können passende Angebote geschaffen werden für jene Kinder, die in grossen Gruppen überfordert sind?
5. Ist die Einführung von Niveauunterricht ab Zyklus 2 aktuell rechtlich zulässig? Falls ja, gibt es Schulen, die Niveauunterricht ab Zyklus 2 führen? Welche Erfahrungen werden damit gemacht?
6. Wo steht der Kanton Solothurn im interkantonalen Ausgabenvergleich in Bezug auf spezielle Förderung (Förderstufen A und B), integrative sonderpädagogische Massnahmen (ISM), Deutsch als Zweitsprache (DAZ) und Logopädie in der Regelschule? Setzen die Schulträger die zugesprochenen Ressourcen gezielt ein? Wie wird der gezielte Ressourceneinsatz seitens Volksschulamt (VSA) sichergestellt, sodass die Ausschüttung durch die Schulträger nicht nach dem Prinzip «Giesskanne» erfolgt?

Begründung 27.03.2024: schriftlich.

Die Zahl der verhaltensauffälligen Kinder ist gestiegen. Lehr- und Fachpersonen sowie Schulleitungen stossen teils an ihre Belastungsgrenze. Der Aktionsplan Volksschule nimmt das Problem auf. Den Aktionsplan verstehe ich als Leitbild, das von allen am Prozess beteiligten Kreisen (VSA, Verband Lehrerinnen und Lehrer Solothurn [LSO], Verband Schulleiterinnen und Schulleiter [VLSO] und Verband Solothurner Einwohnergemeinden [VSEG]) getragen wird, sodass darauf aufbauend Schulentwicklung möglich ist. Von der Umsetzung verspreche ich mir, dass mehr Ruhe in die Schulzimmer einkehren wird. Der Kanton Solothurn braucht Massnahmen, die rasch möglichst umgesetzt werden können, um Kinder, Lehr- und Fachpersonen sowie Schulleitungen gleichermaßen zu stärken.

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Mitteilungen

Mutationen im Mitgliederverzeichnis

Streichen:

- **Rolf Jeggli, Die Mitte**
- **Bruno Vöggtli, Die Mitte**

Neu aufnehmen:

- **Pierino Menna, Die Mitte – EVP:** geb. 04.08.1963, Ziegelweg, 4710 Balsthal, Tel. 079 441 29 92, Mail: p.menna@bluewin.ch
- **Michael Grimbichler, Die Mitte – EVP,** geb. 1974, Thalmattweg 16, 4145 Gempen, Tel. 079 443 78 93, Mail: m.grimbichler@elektro-grimbichler.ch

Fraktionssitzungen:

FDP.Die Liberalen: Donnerstag, 2. Mai 2024, 19.00 Uhr, Teufelsschlucht, Hägendorf

glp: Donnerstag, 2. Mai 2024, 18.00 Uhr, Helion, Zuchwil

Grüne: Dienstag, 30. April 2024, abends, Dornach

Mitte-Fraktion: Donnerstag, 2. Mai 2024, 18.00 Uhr, Gasthof Sonne, Niederbuchsitten

SP/Junge SP: Dienstag, 30. April 2024, 19.15 Uhr, Rest. Bahnhof, Gleis 13, Olten

SVP:

Ratsleitung*Präsidium:*

P: Lupi Marco, FDP.Die Liberalen

1. VP: Conti Roberto, SVP

2. VP: Frey Schär Myriam, Grüne

Fraktionsvorsitzende:

Ammann Markus, SP/junge SP

Engeler Anna, Grüne

Künzli Beat, SVP

Lüthi Thomas, glp

Ochsenbein Michael, Die Mitte

Spielmann Markus, FDP.Die Liberalen

Stimmzähler/innen

Aletti Melina, junge SP

Cartier Daniel, FDP.Die Liberalen

Koch Hauser Susanne, Die Mitte

Läng Adrian, SVP

Schauwecker Christof, Grüne

Ständige Kommissionen**Finanzkommission**

P: Borner Matthias, SVP

VP: Thalmann Christian, FDP.Die Liberalen

Aschberger Richard, SVP

Bill Remo, SP

Bläsi Hubert, FDP.Die Liberalen

Bürki Simon, SP

Flück Heinz, Grüne

Gloor Fabian, Die Mitte

Gurtner Walter, SVP

Kälin Karin, SP

Koch Hauser Susanne, Die Mitte

Plüss David, FDP.Die Liberalen

Probst Daniel, FDP.Die Liberalen

Walther Jonas, glp

Wyss André, EVP

Geschäftsprüfungskommission

P: Wyss Hansueli, FDP.Die Liberalen

VP: Dick Markus, SVP

VP: Schlatter Patrick, Die Mitte

Aletti Melina, junge SP

Ammann Markus, SP

Beer Samuel, glp

Fischer Tobias, SVP

Friker Patrick, Die Mitte

Gerke David, Grüne

Hug Stefan, SP

Läng Adrian, SVP

Lindemann Georg, FDP.Die Liberalen

Nünlist Stefan, FDP.Die Liberalen

Schauwecker Christof, Grüne

Widmer Marie-Theres, Die Mitte

Justizkommission

P: Urech Daniel, Grüne

VP: Huber Urs, SP

VP: Kissling Karin, Die Mitte

Bartholdi Johanna, FDP.Die Liberalen

Eng-Meister Rea, Die Mitte

Fürst Thomas, FDP.Die Liberalen

Häner David, FDP.Die Liberalen

Kreuchi Freddy, FDP.Die Liberalen

Petiti Angela, SP

Rohr Jennifer, SVP

Ruchti Werner, SVP

Rusterholz Simone, glp

Schreiber Sarah, Die Mitte

Vögeli Nadine, SP

Wenger Thomas, SVP

Bildungs- und Kulturkommission

P: Mühlemann Vescovi Tamara, Die Mitte

VP: Fröhlicher Silvia, SP

VP: Künzli Beat, SVP

Conti Roberto, SVP

Eggs Janine, Grüne

Kummler Michael, FDP.Die Liberalen

Lupi Marco, FDP.Die Liberalen

Matter-Linder Rebekka, Grüne

Meier-Moreno Matthias, Die Mitte

Meppiell Andrea, SVP

Misteli Manuela, FDP.Die Liberalen

Nützi Daniel, Die Mitte

Rütli Christine, SVP

Stricker Mathias, SP

Wyss Nicole, SP

Sozial- und Gesundheitskommission

P: Stocker Luzia, SP	vakant, Die Mitte
VP: Studer Thomas, Die Mitte	Leibundgut Barbara, FDP.Die Liberalen
Cartier Daniel, FDP.Die Liberalen	Ritschard Stephanie, SVP
vakant, Grüne	Rohner Franziska, SP
Fischer Marlene, Grüne	Stöckli Silvia, SVP
Giger Thomas, SVP	vakant, Die Mitte
Ginsig Christian, glp	Weisskopf Sabrina, FDP.Die Liberalen
Jäggi Hardy, SP	

Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission

P: Winkler Mark, FDP.Die Liberalen	Heri Philipp, SP
VP: Kupper Edgar, Die Mitte	Jeker Sibylle, SVP
Anderegg Matthias, SP	Kunz Kevin, SVP
Brons Johannes, SVP	Lüthi Thomas, glp
Dietschi Markus, FDP.Die Liberalen	Nussbaumer Georg, Die Mitte
Esslinger Simon, SP	Rufer Martin, FDP.Die Liberalen
Frey Schär Myriam, Grüne	von Sury-Thomas Susan, Die Mitte
Gasser Kuno, Die Mitte	

Redaktionskommission

P: Fürst Thomas, FDP.Die Liberalen
 VP: von Däniken Benjamin, Die Mitte
 Ruf Philippe, SVP

Spezialkommissionen

«Digitalisierung Kantonsrat»

P: Häner David, FDP.Die Liberalen	Aschberger Richard, SVP
VP: Engeler Anna, Grüne	Ginsig Christian, glp
Ammann Markus, SP	von Däniken Benjamin, Die Mitte

Interparlamentarische Gremien

Interparlamentarische Konferenz der Nordwestschweiz (IPK)

<i>Von Amtes wegen:</i>	<i>Ordentliche Mitglieder:</i>
Präsident (Lupi Marco, FDP.Die Liberalen)	Gasser Kuno, Die Mitte
I. Vizepräsident (Conti Roberto, SVP)	von Arx Thomas, SVP
	Wyss Hansueli, FDP.Die Liberalen

Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission Polizeischule Hitzkirch (IPK Hitzkirch)

Bartholdi Johanna, FDP.Die Liberalen	Kissling Karin, Die Mitte
--------------------------------------	---------------------------

Interparlamentarische Kommission der Fachhochschule Nordwestschweiz (IPK FHNW)

Fischer Marlene, Grüne	Nützi Daniel, Die Mitte
Gomm Simon, SP	Ruf Philippe, SVP
Kumpli Michael, FDP.Die Liberalen	

Oberrheinrat

Gasser Kuno, Die Mitte